

- 347 -

16/9692 é Gestion du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances pour 1966. (Suite - Département politique - Dép. de l'intérieur - Dép. de justice et police - Tribunaux - Dép. militaire)

70/9653 - Postulat Bretscher. Relations entre la Suisse et les Nations Unies.

131/9614 - Interpellation Schmitt-Genève. Accession de la Suisse à l'ONU. (Réponse)

(v. p. 292 - 344 ci-devant)

Politisches Departement (Forts.) - Département politique (suite).

II. Abteilung für internationale Organisationen (Forts.)

II. Division des organisations internationales (suite).

70/9653 - Postulat Bretscher. Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen. - Relations entre la Suisse et les Nations Unies.

(9653) Bretscher, vom 28. Februar 1967.

(P)

(9653) Bretscher, du 28 février 1967.

(P)

Der Bundesrat wird ersucht, den eidgenössischen Räten in einer der nächsten Sessionen einen Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen zu erstatten und sich im besondern auch über die Aussichten und Möglichkeiten eines Beitritts unseres Landes zu der Organisation der Vereinten Nationen unter Wahrung unseres Neutralitätsstatus zu äussern.

Mitunterzeichner: Conzett, Dürrenmatt, Eggenberger, Furgler. (4)

Le Conseil fédéral est invité à fournir aux Chambres fédérales, lors d'une prochaine session, un rapport sur les relations existant entre la Suisse et les Nations Unies et à s'exprimer en particulier sur les perspectives et les possibilités qui s'offrent à notre pays d'adhérer à l'Organisation des nations unies en sauvegardant son statut de neutralité.

Cosignataires: Conzett, Dürrenmatt, Eggenberger, Furgler. (4)

B r e t s c h e r : Am 28. Februar dieses Jahres habe ich ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat ersucht, "den eidgenössischen Räten in einer der nächsten Sessionen einen Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen zu erstatten und sich im besondern auch über die Aussichten und Möglichkeiten eines Beitritts unseres Landes zu der Organisation der Vereinten Nationen unter Wahrung unseres Neutralitätsstatus zu äussern".

Der Zufall hat es gefügt, dass ich dieses Postulat hier in einem

etwas ungünstigen Augenblick begründen muss. Damit meine ich nicht die Morgenfrühe nach dem gestrigen Ausflug der Fraktionen, sondern ich meine den Augenblick; in dem der Kredit der Vereinten Nationen als Garant der kollektiven Sicherheit und als Instrument der Friedenserhaltung sich überall, nicht nur bei uns, auf einen Tiefpunkt befindet. Die grundsätzliche Bedeutung und Tragweite sowie die durch eine breite öffentliche Diskussion aufgezeigte Aktualität des Problems werden jedoch nicht berührt durch die jüngsten Ereignisse, die allerdings die nüchterne, illusionslose Betrachtung der Dinge gerade vom Standpunkt des Kleinstaates aus mehr denn je rechtfertigen.

Zweimal in unserem Jahrhundert ist der Versuch unternommen worden, die internationale Anarchie durch die Schaffung von weltumspannenden Staatenorganisationen zu überwinden und den Frieden durch die Aufrichtung einer alle Staaten verpflichtenden völkerrechtlichen Ordnung zu sichern. Die Gründung des Völkerbundes konfrontierte den dauernd neutralen Staat, die Schweiz, mit dem Problem, ob er ausserhalb der neuen Staatenorganisation bleiben müsse und bleiben könne, ob es eine Möglichkeit gebe, dem Gebot der Solidarität, der Mitarbeit am Versuch der Schaffung einer allgemeinen Friedensordnung, unter Wahrung der Neutralität Folge zu leisten, das nationale Interesse mit dem Menschheitsinteresse zu verbinden. Als Frucht der gedanklichen Durchdringung dieser Problematik und seiner intensiven diplomatischen Bemühungen um eine praktische Lösung legte der Bundesrat den eidgenössischen Räten am 4. August 1919 seine Botschaft über die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund vor, ein Werk aus der Feder von Prof. Max Huber, das in Form und Gehalt, durch seinen Realismus in der Darstellung und Würdigung der tatsächlichen Gegebenheiten wie durch seinen sittlichen Ernst in der Bejahung einer hohen Idee uns heute noch bewunderungswürdig, ja einzigartig und eigentlich "klassisch" erscheint, wenn auch die Geschichte mit gepanzertem Fuss über diesen Versuch der Verwirklichung

der Idee hinweggeschritten ist.

Die Gründung der Vereinten Nationen am Ende des Zweiten Weltkrieges hat unser Land - allerdings vorerst nur theoretisch - vor das selbe grundsätzliche Problem gestellt, das wir bei dem Entscheid über die Frage des Beitritts zum Völkerbund zu bewältigen hatten. Im November 1945 berief der Bundesrat eine Expertenkommission aus Vertretern der Wissenschaft, der Politik und der Wirtschaft ein, die sich mit der Frage der Möglichkeit eines Beitritts der Schweiz zu der neuen Weltsicherheitsorganisation zu beschäftigen hatte; sie kam zum Schlusse, dass ein solcher Beitritt wünschbar wäre, dass jedoch unsere Neutralität das entscheidende Hindernis für einen Beitritt darstelle. In diesem Zusammenhang muss ich die für die Begründung meines Postulates nicht unerhebliche Bemerkung anbringen, dass meines Wissens das Gutachten dieser Experten nie veröffentlicht worden ist, sodass uns für die jetzige Diskussion über die Frage des Beitritts zu den Vereinigten Nationen bereits ein wichtiges Dokument fehlt. Die Schweiz hat damals und in den folgenden Jahren in richtiger Einschätzung der Lage und des Klimas der internationalen Politik darauf verzichtet, einen Beitritt unter Wahrung ihres Neutralitätsstatus anzustreben; sie hat sich jedoch nicht hindern lassen, überall in den neu entstandenen internationalen Organisationen mitzuarbeiten und sich an internationalen Aktionen zu beteiligen, wenn und wo der Grundsatz der Neutralität dadurch nicht in Frage gestellt wurde. Ueber den Beitritt zu diesen Organisationen und unsere Tätigkeit in ihrem Schosse sowie über unsere Beteiligung an bestimmten internationalen Aktionen sind wir im Laufe der Zeit durch eine grosse Zahl von Botschaften und Berichten orientiert worden, die in der Summe ein eindrucksvolles Bild des Ausmasses und der Intensität unserer auf allen uns zugänglichen Gebieten entwickelten internationalen Zusammenarbeit ergeben und den oft erhobenen Vorwurf eines aussenpolitischen "Immobilismus" der Schweiz widerlegen. Die Frage des Beitritts der Schweiz zur Organisation der Vereinigten Nationen versank indessen im Dornröschenschlaf, und wenn sie je im Vorübergehen

oder am Rande einer aussenpolitischen Diskussion berührt wurde, kam als Antwort aus offiziellem Munde ein ciceronianisches "Non liquet" - nicht abgeklärt, noch nicht diskussions- und spruchreif -. Ich bezweifle keineswegs, dass während all dieser Zeit der Bundesrat, dass insbesondere das Politische Departement mit seinem hervorragenden Rechtsberater, Prof. Bindschedler, die Entwicklung der Vereinigten Nationen aufmerksam verfolgt und stets auch die Frage einer Verstärkung unserer Bindung an die Weltsicherheitsorganisation, die Frage des Beitritts mit seinen Vor- und Nachteilen, im Auge behalten hat; aber bis vor kurzem fand der Bundesrat keinen Anlass und keinen Grund, diese Frage vor der Oeffentlichkeit aufzuwerfen, sie in den Rang eines aktuellen Traktandums der schweizerischen Aussenpolitik zu erheben und sogar zum Gegenstand eines Berichts, einer Botschaft an die eidgenössischen Räte zu machen.

Seit ein bis zwei Jahren, also innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne, hat sich die hier beschriebene Situation wesentlich geändert. Die öffentliche Diskussion in unserem Lande hat im Forschen nach den Gründen des vielgenannten helvetischen "Malaise" auch die Aussenpolitik in die Kritik einbezogen, und laut erschallten und erschallen heute die Rufe nach mehr Dynamismus, mehr Aktivität auch auf diesem Gebiete, wobei unser Abseitsstehen von der Weltsicherheitsorganisation in New York häufig als ein Symptom dieses angeblichen "Immobilismus" bezeichnet wird. Aber diese mit viel Schlagwortdenken und Schlagwortgebrauch behaftete öffentliche Diskussion hätte die Dinge kaum sofort in stärkere Bewegung gebracht, wenn nicht der Bundesrat selbst sich einer Ueberprüfung der bisher von der Schweiz gegenüber der Organisation der Vereinigten Nationen eingenommenen Haltung geneigt gezeigt hätte. In seiner grossen aussenpolitischen Rede vom 7. Oktober 1965 vertrat zwar Bundesrat Wahlen noch die Ansicht, dass

- 351 -

immer noch mehr Gründe gegen als für den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen sprächen, betonte aber gleichzeitig die positive Einstellung unseres Landes zu der Weltsicherheitsorganisation und warf die Frage auf, ob wir uns nicht in stärkerem Masse als bisher an den "friedenserhaltenden Aktionen" der Organisation, nämlich durch die Stellung von schweizerischen Truppenkontingenten, beteiligen sollten. Neun Monate später, im Juni 1966, ging der Nachfolger von Herrn Wahlen im Politischen Departement, Herr Bundesrat Spühler, einen Schritt weiter, indem er in der Debatte zum Geschäftsbericht dieses Departementes im Nationalrat darauf hinwies, dass die Entwicklung der Vereinten Nationen zur Universalität uns im Laufe der Zeit in "eine untragbare Isolierung" bringen könnte und indem er ferner aus der Praxis der sich vom System der Zwangsvollstreckung entfernenden und sich dem System der Friedenserhaltung verschreibenden Vereinten Nationen den Schluss zog, dass die Stunde kommen könnte, "wo in aller Ruhe und Sachlichkeit der Entscheid über unsern allfälligen Beitritt gekommen ist". Noch stärker akzentuiert wurde diese Stellungnahme kurz darauf durch Bundesrat Spühler in einem am 21. Oktober 1966 an einer Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in der Universität Lausanne gehaltenen Vortrag, der für mein Gefühl eines gewissen propagandistischen Untertons nicht entbehrte. Seit diesen bundesrätlichen Erklärungen haben wir in der schweizerischen Öffentlichkeit eine breitere Kreise umfassende Diskussion über das ganze Problem unseres Verhältnisses zu den Vereinten Nationen, die sowohl das Pro und Contra der Schaffung von schweizerischen "Blauhelmen" wie die Frage des Beitritts selbst betrifft. Damit ist aber auch der Zeitpunkt nahe gerückt, an dem eine authentische schweizerische Standortsbestimmung fällig wird, mit der sowohl die Regierung wie das zur Mitsprache über die Aussenpolitik berufene Parlament die Aufgabe erfüllen, zunächst sich selbst über die Problematik einer Verstärkung der schweizerischen Verbindung mit den Vereinten Nationen vollständig klar zu werden, damit aber auch der Öffentlichkeit die Grundlagen und Elemente einer sachlichen Meinungs- und Ur-

teilsbildung zu bieten, die das Gespräch von den heute in reichem Masse hüben und drüben waltenden Vorurteilen und Emotionen befreien und auf eine höhere Ebene rücken würde.

Diese authentische Standortbestimmung herbeizuführen, ist der Sinn und die Absicht des vorliegenden Postulates. Nachdem die aussenpolitische Kommission unseres Rates beschlossen hat, die Frage des Verhältnisses der Schweiz zu den Vereinigten Nationen als ein ständiges Traktandum zu bezeichnen und zu behandeln, scheint es mir gegeben, dass nicht nur diese Kommission und die entsprechende Kommission des andern Rates von Zeit zu Zeit mehr oder weniger vertraulich über die Stellung des Bundesrates informiert werden, sondern dass das Parlament als Gesamtheit den Anspruch erheben darf, auf Grund eines gedruckten Berichts des Bundesrates ins Bild gesetzt zu werden über alle die komplexen Probleme, die sich sowohl bei der Frage der Stellung schweizerischer Blauhelmkontingente als bei der Beitrittsfrage als solcher stellen. Es ist ein unbefriedigender Zustand, wenn sich die Parlamentarier und Publizisten, aber auch die interessierten Wissenschaftler, die Materialien zur Beurteilung dieser Frage mühsam zusammensuchen müssen, wenn ihnen auch die Kenntnis der Stellung der Regierung nur durch sporadisch intra et extra muros unserer Curia gehaltenen Reden von Mitgliedern des Bundesrates vermittelt wird, die zum Teil - ich verweise auf die bereits erwähnten Erklärungen von Bundesrat Spühler in der Debatte zum Geschäftsbericht vor einem Jahre - nicht einmal im gedruckten stenographischen Bulletin enthalten sind. Wenn der Bundesrat im aussenpolitischen Teil des allgemeinen Ueberblicks im Geschäftsbericht von 1966 feststellt, dass er das wachsende Interesse an den aussenpolitischen Problemen begrüesse und die Oeffentlichkeit in Zukunft noch vermehrt zu orientieren gedenke, so wird er es heute als seine Pflicht erkennen müssen, tatsächlich mit einem stärkeren Aufwand, und das heisst mit andern Mitteln als bisher, die umfassende Aufklärung über diese Frage zu fördern. Das kann dadurch geschehen, dass er einen Be-

richt vorlegt, der unzweifelhaft auch zu einer Vertiefung der künftigen Diskussion beitragen würde - einer Diskussion, die in ihrem bisherigen Verlauf wohl eben für das erfreuliche Erwachen des ausserpolitischen Interesses in unserer Volke zeugt, uns aber in den Formen, in denen sie bisher geführt worden ist, einer Lösung des vorliegenden konkreten Problems kaum näherbringen dürfte.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, mich im einzelnen <sup>dar-</sup>über zu äussern, was der vom Bundesrat verlangte Bericht enthalten soll, und noch weniger würde ich mich berechtigt fühlen, die allfälligen Schlussfolgerungen zu antizipieren, zu denen der Bericht gelangen könnte. Die Vorstellungen darüber, was wir an Information und Dokumentation, an Ueberlegungen und Bewertungen in bezug auf die ganze Problematik einer engeren Verbindung unseres Landes mit den Vereinten Nationen erwarten dürfen, ergeben sich aus der Natur der Sache. Sicher wird uns eine Darstellung der Normen der Satzung und der bisherigen Praxis in der Anwendung und Nichtanwendung dieser Normen, der Entwicklung und des Strukturwandels der Vereinten Nationen durch das Auftreten der "Dritten Welt", sowie im besondern auch der Genesis, des Verlaufs und der Ergebnisse der rechtlich, finanziell und in der Auftragsumschreibung auf merkwürdig unsichern Grundlagen ruhenden "friedenserhaltenden Aktionen" wertvolle Aufschlüsse vermitteln. Es wäre aber auch zu begrüssen, wenn der Bericht einmal das ganze Ausmass unserer bisherigen Mitarbeit in den Spezialorganisationen und bei den besondern Aktionen der Vereinten Nationen aufzeigen würde. Die pièce de résistance des Berichts werden aber zweifellos die auf diesem Hintergrund anzustellenden Ueberlegungen über "die Aussichten und Möglichkeiten eines Beitritts unseres Landes zu der Organisation der Vereinten Nationen unter Wahrung unseres Neutralitätsstatus", wie es im Postulat heisst, bilden, Ueberlegungen, in die wohl auch die jüngsten Ereignisse und Erfahrungen, von den Rhodesien-Beschlüssen bis zu der Rolle der Vereinten Nationen im Nahost-Konflikt, mit ihren zum Teil bizarren Aspekten einbezogen werden müssen. Denn

- 354 -

die Frage der Vereinbarkeit unseres Neutralitätsstatus mit der Zugehörigkeit zu der Organisation der Vereinten Nationen war, ist und bleibt offenbar die Crux der ganzen Problematik, sowohl in rechtlicher als in politischer Hinsicht für unsern neutralen Staat, der seine traditionelle Staatsmaxime auch heute nicht leichthin preiszugeben bereit ist, sie nicht auf dem Altar einer heute noch weitgehend fiktiven "kollektiven Sicherheit" aufopfern will.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei Dinge klarstellen: Erstens, dass ein Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen nur unter der Voraussetzung einer in irgendeiner Form erfolgenden Anerkennung unseres Neutralitätsstatus denkbar erscheint und zweitens, dass der Auftrag, den wir dem Bundesrat erteilen wollen, deshalb selbstverständlich auch die Freiheit des Entscheides darüber einschliesst, ob und welche Schritte zur Abklärung der Situation in dieser Richtung allenfalls auf diplomatischem Wege unternommen werden sollen.

Ich bin mir bewusst, dass mein Postulat dem Bundesrat einen heiklen und schwierigen und vielleicht nicht unbedingt dankbaren Auftrag zumutet. Das Unbequeme und das Schwierige, das Heikle und Undankbare ist in der Politik sehr oft zugleich das Notwendige, das Unausweichliche. Bei dem Verlangen, dass der Bundesrat den eidgenössischen Räten einen Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen erstatte, scheint mir diese Notwendigkeit vorzuliegen. Ich bitte den Bundesrat, das Postulat anzunehmen, und den Rat, ihm zuzustimmen.

S c h a l l e r, Präsident: Herr Bundesrat Spühler wird im Verlaufe der Debatte über das Politische Departement zum Postulat des Herrn Bretscher Stellung nehmen.

Wir diskutieren jetzt den Bericht. Es haben sich bereits eine ganze Reihe von Votanten gemeldet.



- 355 -

F u r g l e r: Die dauernde und bewaffnete Neutralität der Schweiz - ich möchte das als Vorbemerkung auch unsererseits ganz klar herausstellen - muss aufrecht erhalten und gefestigt werden, denn sie hat sich in der Vergangenheit als Mittel zur Wahrung der Unabhängigkeit bewährt. Und einen bewährten Grundsatz wirft man nicht leichtsinnig über Bord. Die Neutralität ist auch heute noch der beste Schutz unseres kleinen Staates gegen die Uebermacht der Grossen in einer Welt, deren internationale Beziehungen weitgehend von der Macht und nicht vom Völkerrecht geprägt sind. Sie ist darüber hinaus eine Voraussetzung des innern Zusammenhalts der sprachlichen, kulturellen und konfessionellen Vielfalt der Schweiz. Aber es gibt einen Spielraum der Neutralitätspolitik und diesen Spielraum gilt es abzustecken, wenn wir über die UNO sprechen, wenn wir die Frage erörtern, in welcher Form die Schweiz am neuen Europa teilhaben kann, inwieweit sie ihren Integrationsbeitrag leisten will. Der Inhalt der Neutralitätspolitik ist wandelbar. Wenn es wahr ist, dass eine Neutralitätspolitik eine klare und beständige Linie verfolgen muss, um glaubwürdig zu sein, so ist es ebenso wahr, dass Neutralitätspolitik nicht in einem starren Festhalten an einem doktrinären Konzept bestehen darf, um anerkannt zu bleiben.

Unsere Aufgabe, die sich der schweizerischen Aussenpolitik in allernächster Zeit stellt, heisst Anpassung der Neutralitätspolitik an die neuen Umweltbedingungen. Nicht abrupte Kursänderung, sondern kontinuierliche Fortentwicklung, die Sicherung der Neutralität als Mittel zur Wahrung der Unabhängigkeit, vielleicht durch Modifizierung der Neutralitätspolitik, sicher durch sichtbare Aufwertung unserer aussenpolitischen Leitsätze der Solidarität und Disponibilität. Ohne Zweifel birgt vermehrte Aktion Risiken in sich, aber ebenso sicher besteht das kleinste Risiko nicht in der Tatenlosigkeit.

Wir waren in den vergangenen zwei Wochen Zeugen eines Geschehens, das uns zutiefst erschüttern musste. Ich habe die Charta der Vereinten Nationen vor mir, und wenn ich hier aus dem ersten Kapitel von Artikel 1, Absatz 2, als einen Zweck dieser Organisation

zitiere, "freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, begründet auf der Achtung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker", oder aber wenn ich aus dem Artikel 1, Ziffer 3, zitiere, "alle Mitglieder regeln ihre internationalen Streitfälle mit friedlichen Mitteln, auf solche Weise, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden; alle Mitglieder enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung, mit Gewalt oder Gewaltanwendung", dann empfinden wir es als Faustschlag, wenn ein Staat, der dieser Organisation angehört, einem andern Staat in aller Offenheit das Recht auf nationale Existenz abspricht. Das war doch die innere Tragik des Geschehens, soweit wir es unter dem Aspekt der Vereinten Nationen werten. Die Zielsetzung eines Mitgliedes der Weltorganisation ist unerhört, die Existenz eines andern Mitgliedes zu vernichten. Und doch frage ich Sie: Ist es nicht zu einfach, vor allem, nachdem wir immer noch nicht in dieser Gemeinschaft stehen, den Drohfinger zu erheben und zu sagen: Die UNO hat versagt, also ist sie für uns ausser Abschied und Traktanden gefallen. Ich bin auch der Meinung, dass der Generalsekretär dieser Organisation einen höchst unglückseligen Entschluss gefasst hat, als er die UNO-Truppen zurückziehen liess, dass er geradezu eine politische Voraussetzung zu Folgen geschaffen hat, die wir nun zur Genüge kennen. Aber, wenn Sie an die zweite und dritte Phase des Geschehens denken, an alles, was bis zum Waffenstillstand geschehen ist und an alles, was vom Waffenstillstand bis zum Frieden noch geschehen wird, dann werden Sie auch zur Überzeugung kommen, dass die UNO eine höchst bedeutsame Funktion zu erfüllen haben wird und wäre es nur, dass innert kürzester Zeit die Grossmächte und die andern betroffenen Mächte zu einem Gespräch zusammenkommen können. Bis zum Eintritt des Friedens werden wir einmal mehr feststellen, dass wir diese Organisation nötig haben. Und mit Bezug auf all das Leid, das aus

-357 -

dem Krieg erwachsen wird, werden Sie - denken Sie nur an die Flüchtlinge - feststellen, dass wir der UNWRA dringend bedürfen, um auch nur das Größte zu beseitigen. So begrüße ich es, dass wir hier ganz offen, auf Grund des Geschäftsberichtes, auf Grund der Vorstösse der Herren Schmitt und Bretscher über dieses zentrale Thema der schweizerischen Aussenpolitik sprechen können. Ich sage worweg, dass ich die Zielsetzung der Postulate warm unterstütze, dass ich diesen Bericht, den wir erhalten sollen, als wertvoll erachte, weil er uns eine vollständige, objektive Tatbestandsanalyse ermöglicht. Das war auch der Grund, weshalb wir in unserer Partei am Parteitag in Locarno die Aussenpolitik in das Zentrum der Verhandlungen gestellt haben.

Und nun noch einmal zum Verhältnis der Schweiz zur UNO. Wir leben im einzigen Land der Welt, das auf eigenen Wunsch nicht Mitglied der UNO ist. Sie kennen die Sonderfälle China, Korea, Vietnam, Deutschland. Die Schweiz ist zwar mit Ausnahme der Weltbank und des Währungsfonds Mitglied sämtlicher UNO-Sonderorganisationen; sie hat aber bei der UNO selbst nur einen Beobachter akkreditiert. Ich frage Sie: Ist diese Zurückhaltung heute noch gerechtfertigt? Wie stellen wir uns zu dieser universellen Staatenverbindung, die - und das ist bedeutsam im Vergleich zur Zeit nach 1945 - heute die neutralen Staaten nicht mehr mit scheelen Augen betrachtet? Ein Vergleich unserer eigenen Verfassung mit der Satzung ergibt, dass die Ziele der Vereinten Nationen - ich sage nicht die Praxis - auch die unsrigen sind. Gerade wegen unserer Neutralität wären wir in der Lage in der Weltorganisation eine nützliche Rolle zu spielen. Heute aber sind unsere Möglichkeiten der Mitgestaltung in den UNO-Sonderorganisationen und in andern internationalen Institutionen gerade wegen unseres Fernbleibens von den Vereinten Nationen in gewissem Sinne am Einfrieren. Aus diesen und andern Gründen sollten wir den Beitritt der Schweiz zur UNO ernsthaft überdenken. Ich sage in aller Offenheit: zur Zeit ist der Beitritt sicher noch nicht reif, und zwar aus zwei Gründen: Erstens, ist das Volk nicht vorbereitet. Es würde höchstwahrscheinlich den Beitritt verwerfen. Die Volksabstimmung

dürfen wir aber ebenso wenig umgehen, wie wir uns einen negativen Ausgang der Abstimmung ohne eigenen Schaden leisten können. Zweitens: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen wäre vielleicht noch gar nicht bereit, den Beitritt der Schweiz unter Neutralitätsvorbehalt, von der auch mein verehrter Vorredner sprach, zu tolerieren. Und ohne Anerkennung unserer Neutralität wollen und können wir der Weltorganisation nicht beitreten. Ich lasse dabei die Form des Neutralitätsvorbehalts offen und erwarte, dass gerade in diesem Bericht auch über diese Form von seiten des Bundesrates Auskunft gegeben wird.

Sicher ist, dass die Aufgabe heute darin besteht, die Voraussetzungen für einen UNO-Beitritt sorgfältig abzuklären; mit Bezug auf unser Volk heisst das: vermehrte Informationen über die Vereinten Nationen; vermehrte diplomatische Anstrengungen nach aussen, um das Verständnis der andern Staaten für die Neutralität der Schweiz zu fördern.

Die innerstaatlichen Strukturprobleme sind mir nicht verborgen geblieben. Die Zeit reicht nicht, um sie heute näher zu beleuchten. Ebenso wenig das vielzitierte Kapitel 7 der Charta mit all seinen Folgen. Die Studie wird diese beiden grossen Problemkreise näher beleuchten müssen. In diesem Zusammenhang darf festgestellt werden, dass das Dreigestirn Neutralität - Disponibilität - Solidarität in den letzten Jahren wohl noch selten jedem von uns so deutlich geworden ist.

Ich sprach über die Neutralität und ergänze: Mit Befriedigung nehme ich von der Bereitschaft des Bundesrates Kenntnis, die guten Dienste der Schweiz, eben im Sinne der echten Disponibilität, jedem Staat zur Verfügung zu stellen, der sie braucht, um dem Frieden zu dienen. Die aktive Friedenspolitik, vor allem die humanitäre Aussenpolitik unseres Landes wird in den nächsten Monaten zentrale Bedeutung erhalten. Persönlich werde ich darauf im Herbst zurückkommen, bei der Begründung der Motion über die Schaffung einer Truppe

- 359 -

für die Katastrophenhilfe.

Die Fraktion hat sich noch im Laufe dieser Woche dafür eingesetzt, dass die humanitären Massnahmen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und des Schweizerischen Roten Kreuzes zur Linderung der Not in den Kriegsgebieten von Bundesrat und Parlament unterstützt werden. In diesem Zusammenhang haben wir auch freudig begrüsst, dass der Bundesrat eine erste Spende - ich betone eine erste Spende - von einer Viertelmillion Franken beschlossen hat.

Wenn wir zur Aussenpolitik unseres Staates Stellung nehmen und soeben das UNO-Problem besonders behandelt haben, so können wir nicht schliessen, ohne offen zu sagen: Trotz der Bedeutung unserer Haltung gegenüber der UNO, verdient ein anderes aussenpolitisches Thema die Priorität. Ich meine unsere Europapolitik. Wir werden einlässlich darüber sprechen müssen. Ich begnüge mich hier mit wenigen Sätzen. Es nützt nichts, darüber zu wehklagen, dass die Integration in eine Richtung gelaufen ist, die allen nicht behagt. Wir müssen uns mit dem abfinden, was ist und unsere Politik darauf weiterbauen. Zu den wichtigsten europäischen Tatsachen gehört die EWG. Damit zu rechnen, dass sie zusammenbricht, ist keine Politik, sondern Illusion. Unser Assoziationsgesuch aus dem Jahre 1961 ist durch die Entwicklung überholt. Das Stichwort Satellisierung genügt. Neue Formen, von der Mitgliedschaft unter Neutralitätsvorbehalt bis zum bilateralen Handelsvertrag, befinden sich in Prüfung. Also auch hier Probleme, zu deren Behandlung nicht nur der Bundesrat, sondern auch das Parlament und das Volk aufgerufen sind. Ich habe sie zum Schluss erwähnt, weil sich hier wieder die gleichen Probleme wie beim Beitritt zur UNO stellen. Lapidare Feststellung: Unser Volk ist nicht darauf vorbereitet, deshalb die Notwendigkeit vermehrter Information. So wenig wie bei der UNO, so wenig wäre es bei der EWG entscheidbereit, und die beiden betroffenen Organisationen wären wahrscheinlich heute auch nicht bereit, unsere Neutralitätsvorbehalte zu akzeptieren. Und wieder sage ich: deshalb die Notwendigkeit vermehrter Anstrengungen nach aussen, um das Verständnis der Neutralität der Schweiz zu fördern durch Wort und Tat, Durch Wort, indem wir mit Nachdruck zur Geltung bringen, dass die Neutralität der

Schweiz, allein schon durch die Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und anderer friedensdienenden Organisationen gerechtfertigt ist und im Interesse aller Staaten liegt; durch Taten, indem wir beispielsweise Genf als zweiten Sitz der UNO und als internationalen Tagungsort nach Kräften fördern, indem wir auch durch humanitäre Massnahmen wie die erwähnte Katastrophenhilfe aussenpolitisch tätig werden. Die Möglichkeiten bestehen; es gilt, sie auszuschöpfen.

Wesentlich scheint mir, jene weitverbreitete, häufig unbewusste und auf alle Fälle grundverkehrte Einstellung zu bekämpfen, die glaubt, das geringste aussenpolitische Risiko bestünde im Abwarten und im Nichtstun. Mit Robert Schuhmann möchte ich hier sagen: "Nous aurons à convaincre les sceptiques qui ne voient que les risques et qui pensent à tort que le moindre risque consiste toujours à ne rien faire."

Ich schliesse: Die vermehrte aussenpolitische Diskussion und Information, von der wir sprachen, birgt einen Auftrag an uns in sich. Damit das Volk mitsprechen kann, damit das Parlament seiner Aufgabe gemäss Verfassung in aussenpolitischen Bereichen gerecht werden kann, müssen wir mehr miteinander über diese Fragen sprechen. Dem ausgesprochenen Mangel an aussenpolitischen Fachleuten muss abgeholfen werden. Die angesichts der zunehmenden Komplexität des internationalen Geschehens verständliche Hilflosigkeit und Unsicherheit weiter Volksschichten, Stellung zu beziehen, kann nur so beseitigt werden. Wir alle sind aufgerufen, Regierung, Parlament, Parteien, Verbände, Presse, Radio, Fernsehen, Universitäten, Schulen, jeder Bürger überhaupt. Vordringlich ist die Verbreiterung der schmalen Basis aussenpolitischer Fachleute, die in der Lage sind, aussenpolitische Sachkunde in alle Kreise des Volkes zu tragen. Die spezielle Aufgabe der Hochschulen sei in diesem Zusammenhang nur am Rande erwähnt.

Ich bin überzeugt, dass wir durch echte Teilnahme am Geschehen in Europa und in der Welt unsern Beitrag zur Friedenssicherung leisten können.

- 361 -

W e b e r Max: Ich möchte nicht auf eine Beurteilung der grossen Weltereignisse eintreten und auch nicht Stellung nehmen zu dem, was sich im Glashaus in NeuYork im Sicherheitsrat jetzt abspielt, sondern lediglich einige Bemerkungen anbringen zu unserer schweizerischen Stellungnahme gegenüber der UNO. Dabei knüpfe ich an das an, was in der gestrigen Debatte gesagt wurde zur Einleitung des Geschäftsberichtes des Bundesrates. Es wurde an dieser Einleitung Kritik geübt, sie habe zu wenig Substanz und sei zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. Dazu habe ich geantwortet: Wenn die Einleitung diesem Wunsche entsprechen würde, wäre wahrscheinlich die Kritik noch viel heftiger ausgefallen. Ich kann Ihnen das an einem Beispiel beweisen. Unser Aussenminister, Herr Bundesrat Spühler, hat in Lausanne einen Vortrag gehalten. Gegenüber Herrn Schmitt möchte ich bemerken, dass er diesen Vortrag nicht am Kongress der Sozialdemokratischen Partei, sondern in der Aula der Universität Lausanne in einer öffentlichen Versammlung gehalten hat. In diesem Vortrag hat Herr Bundesrat Spühler dem entsprochen, was gestern gewünscht wurde, nämlich mehr Substanz, mehr in die Zukunft weisende Bemerkungen zum Problem der UNO. Was aber hat die Presse dazu gesagt? In der "Appenzeller Zeitung" habe ich gelesen (unter dem Titel: "So geht es nicht, Herr Bundesrat" und dem Nebentitel "Wendung unserer Aussenpolitik um 180°"):

" Er - Herr Bundesrat Spühler - weibelt nämlich nicht nur unverhohlen für den Eintritt der Schweiz in die UNO, .... vielmehr liess er erstmals die Neutralität der Schweiz aus seinen Betrachtungen überhaupt weg." Und "Der Bund" brachte einen Artikel unter dem Titel "War das klug, Herr Bundesrat Spühler?" Ich möchte mir erlauben, einige Stellen vorzulesen aus jenem scharf kritisierten Vortrag, um Ihnen zu zeigen, dass das, was die "Appenzeller Zeitung" geschrieben hat, absolut falsch ist.

"Die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen sind auch die unseren" - also das, was heute Herr Furgler ebenfalls gesagt hat -. "Auch ein neutraler/<sup>Klein-</sup>Staat, der durch seine Wirtschaft, seine Kultur, sein Geistesleben, derart mit der übrigen Welt verbunden ist, wie

die Schweiz, würde seinem Wesen schaden, wenn er sich von der Teilnahme an den Problemen des Völkerlebens ausschliessen liesse." Dem würden wir sicher alle zustimmen. "Ein Mitspracherecht in allen die Welt bewegenden, grundlegenden Fragen widerspricht in keiner Weise dem Prinzip der Neutralität. Es wäre Aufgabe und Möglichkeit, die mässigende und vermittelnde Rolle, die man von der Schweiz im internationalen Leben erwartet und ihr zu- traut, innerhalb der UNO auszuüben und mitzuhelfen, die Gegensätze zu überbrücken. Dies würde nicht nur in besonderen Fällen geschehen, sondern ständig und in täglicher Mitarbeit, vor allem ausserhalb der öffentlichen Sitzungen. Es wäre wohl" - aber es wäre, sagte der Redner - "die vornehmste Aufgabe der Schweiz, auf diesem Wege einen Beitrag an die internationale Solidarität zu leisten."

Er hat also davon gesprochen, was die Schweiz für eine Rolle spielen könnte in der UNO, unter gewissen Vorbehalten; diese Vorbehalte kommen noch.

"Die Prüfung von Recht und Praxis der UNO in ihrer zwanzigjährigen Entwicklung hat uns gezeigt, dass sich die UNO vom System der Sanktionen entfernt und sich dem System der Friedenserhaltung zugewendet hat. Sofern dieser Prozess weiterschreitet, dürfte diese Politik auch mit den Prinzipien unserer Neutralitätspolitik nicht kollidieren."

An einer andern Stelle sagte er: "Das eine ist wohl klar, dass die Schweiz, wenn einmal Volk und Stände das grüne Licht für den Eintritt in die UNO geben sollten, als neutrales Land in der UNO Einsitz nehmen würde." Sie sehen also, dass das absolut falsch war, zu erklären, er habe die Neutralität überhaupt aus dem Spiele gelassen.

Sie können übrigens den Vortrag nachlesen in der "Gewerkschaftlichen Rundschau", der Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, vom Februar dieses Jahres. Es wäre eigentlich nützlich gewesen, diesen Vortrag als Separatdruck herauszu-



- 363 -

geben und ihn den Mitgliedern unseres Rates zuzustellen.

Nun stimme ich völlig überein mit den Wünschen und Vorschlägen Schmitt und Bretscher, dass der Bundesrat einen Bericht erstatten soll, in welchem er alle Aspekte eines Beitrittes zur UNO eingehend prüft und darlegt; denn es ist Information, es ist Aufklärung darüber nötig, was die UNO geleistet hat und leisten kann, trotz des schon mehrmaligen Versagens. Auch heute möchte ich nicht einfach urteilen, wie das vielfach geschieht: Die UNO hat den Krieg nicht verhindert, sie hat Nasser nicht in die Schranken gewiesen, sie kann nicht gegen die Sowjetunion aufkommen, also ist sie ein Versager. Vielmehr müssen wir uns doch die Frage stellen: Wie wäre die Lage ohne die UNO, wenn weder die beiden Parteien, noch die neutralen Länder, noch die Sowjetunion - wie sie das jetzt tut - den Sicherheitsrat anrufen könnten, wenn also keine Organisation der Vereinten Nationen bestände? Die Lage wäre noch um Vieles gefährlicher.

Nun denkt ja niemand daran, heute einen Beitritt zur UNO zu empfehlen, weil weder das Parlament, noch das Volk genügend vorbereitet wären dazu, sondern wir wünschen eine nähere Abklärung, wie das Postulat des Kollegen Bretscher es verlangt, vor allem mehr Aufklärung des Schweizervolkes durch eine richtige Orientierung über die Tätigkeit der UNO.

Noch eine Bemerkung zu dem Wunsche nach einer aktiveren Aussenpolitik. Dabei darf man dann aber vor den Konsequenzen nicht zurückschrecken; denn eine aktivere Aussenpolitik heisst nicht nur Beitritt oder Vorbereitung eines Beitrittes zur UNO. Es gibt grosse Weltorganisationen, denen die Schweiz nicht angehört, trotzdem die Neutralität durch den Beitritt in keiner Weise tangiert würde; Herr Kollege Furgler hat sie kurz erwähnt: Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds. Bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung macht die Schweiz ja mit, indem sie Kapital zur Verfügung stellt. Ich glaube, es sind etwa 800 Millionen Franken Darlehen gewährt worden vor allem von Privaten, es ist auch ein Darlehen des

Bundes dabei. Gegenwärtig liegt eine neue Anleihe der Weltbank im Umfange von 60 Millionen Franken in unserem Lande zur Zeichnung auf, trotz der angespannten Lage unseres Kapitalmarktes. Aber die Schweiz ist nicht Mitglied, sie kann nicht mitreden, nur Geld zur Verfügung stellen. Nun kann ein Land der Weltbank nicht beitreten, ohne Mitglied des Internationalen Währungsfonds zu sein. Dieser Mitgliedschaft gegenüber hat früher namentlich die Schweizerische Nationalbank Bedenken geltend gemacht. Deshalb machen wir bis jetzt auch da nicht mit, aber wir sind dabei - wir müssen dabei sein - bei allen internationalen Währungsaktionen. Wenn es um die Stützung des englischen Pfundes oder um eine mögliche Stützung des Dollars geht, so ist die Schweiz dabei. Wir sind gewissermassen ein Anhängsel zum "Zehnerclub" der grossen Notenbanken. Aber wir haben auch hier kein Mitspracherecht.

Ich habe hier vor einigen Jahren eine Interpellation begründet - Herr Dr. Rohner hat dasselbe im Ständerat getan -, um zu fragen, wie sich der Bundesrat zum Beitritt zu diesen beiden Organisationen einstelle. Er hat sich damals noch sehr reserviert, ja ablehnend geäussert, aber doch die Frage für die Zukunft offen gelassen. Nun sind die Hindernisse, die die Nationalbank früher als Grund für den Nichtbeitritt zum Währungsfonds - nicht zur Weltbank - vor allem in den Vordergrund gestellt hat, zum Teil weggefallen, oder sie haben sich gemildert. Ich glaube, dass nun der Beitritt zu diesen beiden Organisationen für die Schweiz schon lange reif ist. Und das gehört auch in den Zusammenhang der aktiven Aussenpolitik unseres Landes, obwohl ein anderes Departement zuständig ist, um diesen Beitritt zu beantragen.

- 365 -

H o f e r : Mit Herrn Schmitt bin ich durchaus der Auffassung, dass uns in Sachen Vereinte Nationen laufende Information und Diskussion nottut. Aber es muss eine nüchterne Information sein, und es muss auch - worauf Herr Bretscher schon hingewiesen hat - eine illusionslose Information sein. Das kann man, glaube ich, von einem Communiqué nicht sagen, das der Ausschuss der Schweizerischen Gesellschaft für die Vereinigten Nationen vorgestern herausgegeben hat. Wenn dieses Communiqué mit dem Satz beginnt: "Mit grosser Sorge, aber auch mit grosser Hoffnung verfolgt das Schweizervolk in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um Israel die Tätigkeit der Vereinigten Nationen", dann zweifle ich sehr, ob dies das vorherrschende Gefühl in unserem Volk sei. Die Betonung liegt wohl eher auf der Sorge, oder man müsste vielleicht von Unmut und Aerger sprechen und weniger von Hoffnung. Und wenn dann in diesem Communiqué weiter ausgeführt wird, dass die Vereinigten Nationen wieder das Forum geworden seien, in welchem sich die Weltmächte zu konstruktiven und schliesslich auch entscheidenden Beschlüssen trafen, dann muss ich nochmals ein grosses Fragezeichen setzen. Ist dies wirklich ein Friedensgespräch, das in den letzten Tagen im Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen geführt wird? Ist es konstruktiv, wenn zum Beispiel der Delegierte der Sowjetunion hartnäckig die Verurteilung Israels als Aggressor verlangt, unter Umkehrung aller völkerrechtlichen Begriffe, wenn er sich sogar zu der Geschmacklosigkeit versteigt, die Israeli mit den Nazis und ihren Eroberungskriegen zu vergleichen? Was sich dort abspielt, hat mit kaltem Krieg viel mehr zu tun als mit Frieden.

Es ist von mehreren Herren - Herrn Furgler und auch Herrn Weber - gesagt worden, trotzdem sei es wichtig, dass die Vertreter der Grossmächte sich im Sicherheitsrat treffen. Das Entscheidende ist während der Krise nicht dort geschehen, sondern die entscheidenden Entschlüsse sind gefasst worden auf Grund des Kontaktes am berühmten roten Telephon.

Wenn es dann in dem erwähnten Communiqué noch weiter heisst,

- 366 -

die vergangenen Tage hätten klargemacht, dass friedliche Lösungen ausserhalb der Vereinten Nationen immer schwieriger werden, dann glaube ich nochmals, dass das nicht richtig ist.

Als der Sicherheitsrat angesichts der arabischen Vernichtungsdrohungen aufgerufen war, den Frieden zu erhalten und dem bedrohten Staat Schutz zu geben, da hätte Herr Fedorenko keine Eile, und als Herr Nasser dazu aufrief, Israel auszulöschen, da konnte sich der sowjetrussische Delegierte gar nicht denken, warum nun unbedingt der Sicherheitsrat zusammengerufen werden sollte. Nun hat er es plötzlich sehr eilig, und da der Sicherheitsrat offensichtlich nicht nach seiner Pfeife tanzen will, soll jetzt plötzlich sogar eine Sondersitzung der Generalversammlung stattfinden. Wohlverstanden, nicht weil ein Krieg droht, sondern weil der Krieg zu Ende ist! Man soll uns nicht vormachen, dass dies ein durchsichtiges Manöver irgendetwas mit wirklichem Friedenswillen zu tun hat und dass insbesondere das kleine Israel davon irgendetwas Gutes zu erwarten hat.

Ich sage das alles, weil es meiner Ansicht nach keinen Sinn hat, durch solche sicher gutgemeinten Verharmlosungen das Schweizervolk darüber hinwegtäuschen zu wollen, dass die Vereinten Nationen in einem Ausmass versagt haben, wie es selbst die allergrössten Skeptiker nicht erwartet haben. Herr Schmitt hat gesagt, man solle die UNO nicht im Lichte "des évènements très spéciaux d'aujourd'hui" beurteilen. Auch das kann ich nicht unterschreiben, aus dem ganz einfachen Grunde, weil das Versagen von heute weder zufällig noch einmalig ist, sondern eine ganz logische Konsequenz einer Entwicklung, die die Vereinten Nationen seit Jahren eingeschlagen haben und an der wir nicht vorbeisehen dürfen. Dabei steht in meiner Argumentation keineswegs der überstürzte Rückzug der Blauhelme durch U Thant im Vordergrund, von dem meistens die Rede ist, wenn vom Versagen der UNO gesprochen wird. Viel schlimmer und schwerer wiegend ist der

- 367 -

bereits angedeutete Umstand, dass ein Staat von einem andern Staat, der ebenfalls Mitglied der UNO ist, mit Vernichtung bedrohen kann, ohne dass irgendetwas geschieht, ohne dass auch nur eine Ermahnung des Generalsekretärs ausgesprochen wird. Das kommt einer Verleugnung eines grundlegenden Prinzips der UNO, ja des Kerngedankens überhaupt gleich; und dieser Kerngedanke besteht darin, dass jedes Mitglied Anspruch darauf hat, dass seine politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität garantiert sind, und dass bei Bedrohung etwas unternommen wird.

In Artikel 2, Absatz 4, der Charta der Vereinten Nationen heisst es: "Alle Mitglieder sollen sich der Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt enthalten, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist." Obschon Israel in vergangener Zeit mehrere Male den Sicherheitsrat auf das mit der Satzung nicht vereinbare Verhalten gewisser seiner Nachbarn aufmerksam gemacht hat, ist nie etwas erfolgt, wie gesagt, nicht einmal eine Mahnung.

Aber die selbe Lage hatten wir schon vor Jahren, als nämlich ein anderer grössenwahnsinniger Diktator einen andern Staat zermalmen wollte. Inzwischen ist dieser Zermalmer auf den "Kehrichthaufen der Weltgeschichte" gelandet, um ein Wort von Trotzki anzuwenden. Wir meinen nämlich Sukarnos Kampf gegen Malaysia, dem die Vereinten Nationen ebenfalls tatenlos zugesehen haben, obschon Malaysia Mitglied der Vereinten Nationen ist. Schon damals, vor fünf Jahren, habe ich in einem Artikel darauf hingewiesen, dass internationale Anarchie die Folge sein muss, wenn diese Politik Schule machen sollte. Aber heute ist es offensichtlich so weit, dass ein grosser Teil der Mitglieder der Vereinten Nationen, vielleicht eine Mehrheit, nicht mehr gewillt ist, die Satzung einzuhalten, wenn es um einen sogenannten antikolonialistischen oder antiimperialistischen Krieg geht. Und der Krieg der Araber gegen Israel soll eben angeblich ein solcher Krieg sein. Mit andern Worten: Die meisten Staaten der afroasiatischen Welt haben die kommunistische These von den gerechten und

ungerechten Kriegen übernommen, wobei gerechte Kriege natürlich solche sind, die man selbst führt, und ungerechte solche, die die andern führen. Es entsteht ein Grundwiderspruch zum Kern der Charta, die die Aggression verurteilt und die Selbstverteidigung gestattet, wenn ein Staat, der sich gegen den Vernichtungswillen anderer zur Wehr setzt, zum Aggressor gestempelt wird. Die Sowjetunion hofft offensichtlich, für diese dialektische Rabulistik eine Mehrheit in der Generalversammlung zu finden, weshalb ja nun auch eine Sondersession einberufen werden soll.

Was bedeutet das alles für uns? Dass die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen auf keinen Fall einen zusätzlichen Sicherheitsfaktor für einen Kleinstaat darstellt. Nicht dass Sanktionen überhaupt unmöglich sind - sie sind ja ergriffen worden im Falle Rhodesien; das rhodesische Regime ist mir von Herzen unsympathisch -, aber zu behaupten, dass dadurch der Weltfrieden bedroht worden sei, das geht doch wohl ein bisschen zu weit. Und wenn nun wirklich der Weltfrieden bedroht wird durch die Aggressionspolitik gewisser Staaten im Nahen Osten, dann gibt es keine Sanktionen; es geschieht nichts!

Die Vereinten Nationen waren ursprünglich als ein kollektiver Sicherheitspakt gedacht, wo eben jeder einzelne Staat Schutz finden sollte. Inzwischen ist uns nur noch - wie es ein Völkerrechtler ausgedrückt hat - die kollektive Unsicherheit geblieben. Dies wollen wir doch mit aller Illusionslosigkeit feststellen. Was heisst denn unter solchen Umständen, Neutralität sei nur gerechtfertigt, wenn sie dem Frieden diene? Eines der berühmten Argumente, das häufig angewandt wird von jenen, die einem Beitritts der Schweiz in die UNO das Wort reden. Hat irgendein Staat deswegen dem Frieden dienen können, weil er UNO-Mitglied war, oder hindert uns unsere Neutralität allenfalls, dem Frieden zu dienen, wenn überhaupt Gelegenheit dazu da ist, auch wenn wir nicht Mitglied der UNO sind? Ich will damit klarstellen, dass,

- 369 -

wenn schon die Neutralität mit der Friedensaufgabe in Zusammenhang gebracht wird - und dagegen ist nichts zu sagen -, dies mit der Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen nicht das geringste zu tun hat.

Mit all dem kann natürlich nicht gemeint sein, dass wir mit den Vereinten Nationen nicht mehr zusammenarbeiten wollen. Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass wir da mitarbeiten sollen, wo wirkliche Arbeit im Rahmen der Vereinten Nationen überhaupt geleistet wird. Und dabei denke ich vor allem - wie das auch im Geschäftsbericht des Bundesrates festgestellt wird - an den Ausbau Genfs. Das ist ein Beitrag, den nur wir leisten können und der auch unsere Sonderstellung unterstreicht. Aber das grosse Palaver, das in den Sitzungen der Generalversammlung stattfindet, betrachte ich weder als konstruktive Arbeit noch als aktive Aussenpolitik. Es ist da viel mehr Leerlauf als Aktivität. Ich habe es selbst monatelang vor Jahren beobachten können.

Unsere Neutralität hat uns bekanntlich nicht gehindert, dabei zu sein, wenn die Vereinten Nationen wirklich Friedenssicherung betrieben haben. Von Korea über Kongo bis zu Zypern haben wir in der einen oder andern Form mitgeholfen. Ueber die Blauhelme will ich nicht sprechen. Aber es ist nicht zu bestreiten, dass diese Institution gerade dort schwer angeschlagen ist, wo man sie besonders hoch geschätzt hat, wie etwa in Schweden oder in Kanada. Man hat die Blauhelme mit einer Feuerwehr verglichen, - eine merkwürdige Feuerwehr, die in dem Moment abzieht, wo es zu brennen beginnt! Ich glaube, dass wir auch hier einen typisch schweizerischen Beitrag suchen sollten in der Richtung der Schaffung einer Hilfsorganisation bei Katastrophenfällen. Ich konnte der Motion des Herrn Furgler umso mehr zustimmen, als diese Forderung auch in den aussenpolitischen Grundsätzen unserer Partei aufgestellt ist. Ich hatte letzten Sommer Gelegenheit, in New York, mich mit einem der besten Kenner der Probleme der Vereinten Nationen zu unterhalten, mit Prof. Goodrich, von der Columbia University, der das vielleicht bekannteste Buch über die UNO verfasst hat. Unser Thema war die

- 370 -

Schweiz und ihr Verhältnis zu den Vereinten Nationen. Dieser Mann vertrat die Auffassung, dass gerade ein Land wie die Schweiz unter Umständen der internationalen Gesellschaft besser dienen könne, wenn es ausserhalb bleibe, weil diese UNO immer wieder und gerade in jüngster Zeit immer mehr in gegnerische Lager zerrissen werde. Eine analoge Auffassung teilt übrigens auch Walter Lippmann, um nur diesen einen grand old man der amerikanischen Journalistik zu nennen. Aber auch bei kommunistischen Ländern steht unsere Neutralität durchaus hoch im Kurs. Jedenfalls stösst sie auf grosses Interesse. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, für das polnische Radio eine Darstellung unserer Neutralitätspolitik zu verfassen, und unsere Botschaft hat nachher berichtet, dass ausserordentliches Interesse für unsere Neutralität sich dabei in der Presse und auch durch Briefe geäussert hätte. Dass also für unsere Haltung in der Welt kein Verständnis vorhanden sei, ist eine einseitige und unbewiesene Behauptung.

Wenn wir die Diskussion über die Vereinten Nationen und das besondere Verhältnis der Schweiz zu ihnen fördern wollen, dann bitte ohne apodiktische Vorurteile oder gar diskriminierende Bemerkungen, etwa derart, dass die ewig Gestrigen dagegen und die Fortschrittlichen und Aufgeschlossenen eben dafür seien. Der Chefredaktor einer sozialistischen Zeitung, den ich übrigens hoch schätze, schrieb mir kürzlich halb vorwurfsvoll, halb wohlmeinend, warum ich mich denn unbedingt zum Wortführer derjenigen machen wolle, die nicht wüssten, dass hinter dem Gurten auch noch Menschen seien. Ich kann Sie versichern: Ich weiss es, dass es hinter dem Gurten auch noch Menschen gibt. Ich habe zehn Jahre im Ausland gelebt und ein Jahr davon in einem andern Kontinent. Ich habe sogar die Vereinten Nationen monatelang aus nächster Nähe studiert, weil es mein Forschungsauftrag war; vielleicht kommt meine Skepsis daher. Als ich vor anderthalb Jahren in der Artikelserie der "Neuen Zürcher Zeitung" auf die auch Herr



- 371 -

Schmitt angespielt hat, einen eher skeptischen Artikel über die Vereinten Nationen geschrieben habe, da rief mich anschliessend jener unter unsern Diplomaten an, der wohl am meisten theoretisches Wissen und praktische Erfahrung über die Vereinten Nationen hat, um mir sein volles Einverständnis mit meiner Auffassung mitzuteilen. Damit will ich nur andeuten, dass die Frage, ob die Schweiz in die Vereinten Nationen eintreten soll oder nicht, wohl weniger mit Horizont zu tun hat als mit einem nüchternen Abwägen der Vor- und Nachteile nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die internationale Gemeinschaft und die Aufgabe, die die Schweiz in ihr zu erfüllen hat. -

Gestatten Sie mir zum Schluss auch noch einige Bemerkungen über den aussenpolitischen Teil des allgemeinen Ueberblicks, da die Kunde von der überstürzten Vorverschiebung dieses Geschäftes mich nicht rechtzeitig erreicht hat. (Ich bleibe durchaus bei der Sache, da es sich um den aussenpolitischen Teil handelt.) Die Idee eines solchen Ueberblickes begrüsse ich nach wie vor. Aber ich muss nun schon sagen, dass die Realisierung ausserordentlich unvollkommen ist. Da dieser allgemeine Ueberblick doch so etwas wie die Visitenkarte unserer Regierung darstellt, ist es mir schwer verständlich, dass nicht mehr Sorgfalt auf deren Abfassung verwendet wird. Es ist scharfe Kritik in der Presse laut geworden, und sie hat den Unmut des Bundesrates erregt; aber sie scheint mir hier vollauf gerechtfertigt. Der Bericht ist, was den aussenpolitischen Teil anbetrifft - den andern habe ich weniger genau studiert -, ohne wirkliche Konzeption und leider in einer unglaublich schlechten Sprache geschrieben. Auf jeden Fall hat man nicht beachtet, was Herr Müller hier vor einiger Zeit in so launischer Weise vorgetragen hat, nämlich sich doch etwas mehr um die sprachlichen Formulierungen zu kümmern. Fehler über Fehler, von den Satzzeichen bis zu den verfehlten Satzkonstruktionen! Ich will nicht den Schulmeister spielen, aber das korrigierte Exemplar steht dem Bundesrat zur Verfügung. (Heiterkeit) Sachlich ist keine Konzeption da; es gibt keine Prioritäten und keine Schwerpunkte. Hören

- 372 -

Sie doch den Beginn an: "Die schweizerische Aussenpolitik verfolgt Ziele, die immerwährend und unveränderlich sind." Da müssen, glaube ich, Historiker - nicht wahr, Herr Beck, da sind wir einig - einige Vorbehalte und Bedenken anmelden, bei allem Respekt vor der immerwährenden Neutralität. Das kann man nicht sagen, dass Ziele immerwährend und konstant sind. Und dann heisst es weiter: "Es ist wohl unnötig, in Erinnerung zu rufen, dass sie in erster Linie auf die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes und der Freiheit seiner Bürger ausgerichtet ist." Warum sagt man es denn, wenn es unnötig ist? Aber weil es unnötig ist, sagt man es gleich noch einmal im zweiten Abschnitt. "Wie in der Vergangenheit, wird es auch inskünftig erste Pflicht des Bundesrates sein, die Unabhängigkeit des Landes zu wahren." Das gehört doch nicht in diesen Bericht. Das steht in der Verfassung, und hier braucht es nicht wiederholt zu werden.

Und dann die Gemeinplätze, die darin stehen: "Permanente Neutralität bedeutet Verzicht auf politische Bindungen mit jeglicher fremden Macht." Das wissen wir nämlich auch alle inzwischen. <sup>Wir hätten lieber mehr gehört, wie das effektiv gemacht wird.</sup> Dann, bei der Durchführung, beginnt man irgendwo, nämlich in Vietnam, obschon, wie es heisst, die schweizerischen Interessen nicht unmittelbar berührt werden. Statt dass aussenpolitische Probleme in der Reihenfolge ihrer Bedeutung und Dringlichkeit dargestellt werden, so dass der Leser sofort den Eindruck einer aussenpolitischen Konzeption erhalten würde. Ich meine keineswegs, Herr Weber, dass man unbedingt Zukunftsperspektiven entwickeln muss. Mir würde eine Gegenwartsanalyse durchaus genügen. Aber sie müsste eben eine Form haben und eine Konzeption verraten.

Ich frage mich besorgt, wie eine solche Fehlleistung möglich ist. Misst der Bundesrat dieser Sache so wenig Bedeutung bei? Das wäre mir schwer verständlich, denn dieser allgemeine Ueberblick hat etwas mit dem "Image" des Bundesrates zu tun. Ich möchte mit allem Respekt den Ratschlag erteilen, das nächste

- 373 -

Mal einen guten und klaren Kopf wenigstens mit der Gesamtedaktion zu beauftragen.

Ich danke Ihnen.

V i n c e n t : Hier, M. Schmitt s'est plaint que le rapport de gestion fasse allusion au problème qui nous intéresse par une phrase succincte. L'expression dont s'est servi M. Schmitt est très parlementaire, elle est très diplomatique, elle est même assez pudique parce qu'il n'y a pas que sur ce point que le rapport de gestion du Conseil fédéral se contente d'idées générales, très générales, qui ne nous apprennent rien, rien sur ses perspectives, rien sur ses préférences, à supposer qu'il en ait, rien sur sa politique. Et pourtant, on l'a déjà dit et répété, l'article 102, chiffre 7, de la Constitution fédérale, l'oblige à nous présenter un rapport sur la situation de la Confédération "tant à l'intérieur qu'au dehors." Au dehors, c'est donc l'Europe - M. Furgler le disait tout à l'heure - et au dehors c'est aussi l'Organisation des Nations Unies qui, maintenant, est quasiment universelle.

La seconde constatation de M. Schmitt, c'est que les partis, leurs congrès, la presse s'intéressent au problème. En revanche, le peuple, le citoyen moyen ne s'y intéressent guère ou pas du tout. C'est vrai, c'est une constatation exacte mais nous pensons qu'on ne saurait reprocher au peuple son indifférence, car enfin s'il ne se préoccupe pas de ces problèmes, ce n'est pas sa faute, c'est parce que trop longtemps on l'a habitué à cette idée que la Suisse est un spectateur au balcon de l'histoire et qu'il n'est jamais un acteur, ajoutant d'ailleurs que, tout compte fait, cela allait mieux ainsi. C'est au fond le revers de la politique de neutralité, même quand on ajoute, quand on adjoint à cette politique de neutralité un complément, la solidarité, ou l'adjectif "active".

A ce moment là, se pose l'autre question qui est la plus importante! Une neutralité active, cela veut dire "pourquoi faire"? Et la question, remarquez-le, se poserait avec plus d'acuité en-

core en cas d'adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies. Nous avons d'ailleurs fait une expérience - M. Schmitt l'a évoquée à cette tribune hier, où il a apporté du reste des préoccupations élevées, très élevées - il me permettra de le lui dire - ... trop élevées et quelquefois sentimentales sur les problèmes de la solidarité internationale. Par exemple, il ne nous a pas convaincu avec son rappel de la Société des Nations. Je sais bien qu'il faut sacrifier à l'adage "de mortuis nihil nisi bene". Mais enfin, il nous sera quand même permis de dire que la politique de M. Giuseppe Motta, à la Société des Nations, n'a pas témoigné d'une clairvoyance particulière ni à l'égard de l'Italie fasciste et de son avenir, ni à l'égard de l'Union soviétique et de son avenir. C'est si vrai qu'il a fallu rectifier cette politique en 1944. Par conséquent, on ne saurait nous présenter cette expérience comme une expérience concluante.

Et si la Suisse entrait dans l'Organisation des Nations Unies, quels seraient les avantages? Les partisans de cette adhésion nous les indiquent à peu près de la façon suivante: Tout d'abord, on sortirait la Suisse de son isolement, on amènerait le Conseil fédéral à prendre position et se prononcer, et par voie de conséquence, on accoutumerait également le peuple à cet exercice peu à peu, progressivement. On surmonterait ainsi l'indifférence quasiment naturelle du Suisse moyen à l'égard de ce qui se passe dans le vaste monde. Enfin, on engagerait la Suisse dans les grands courants mondiaux. Il y a même des partisans qui ont dit que la Suisse servirait alors à quelque chose. L'expression est à la fois injuste et cruelle! Dans le passé, même sans être membre de l'Organisation des Nations Unies, il est arrivé que la Suisse ait néanmoins servi à quelque chose.

Mais nous croyons que les partisans entretiennent des illusions, particulièrement ceux d'extrême-gauche. Le quotidien

- 375 -

socialiste romand intitulait l'un de ses articles "Pour une politique étrangère socialiste" et il expliquait ceci: il reste, disait-il, un champ où l'imagination socialiste, la vocation socialiste peuvent s'épanouir et infléchir le cours des choses, c'est la politique étrangère. Et il continuait en se prononçant pour l'Organisation des Nations Unies. Nous ne voulons contrister personne et singulièrement pas nos amis socialistes romands, mais nous voyons mal comment on pourrait imaginer, sans un changement fondamental dans notre pays, une politique étrangère socialiste. Cet espoir nous paraît un peu fallacieux et nous aurions plutôt d'autres craintes.

Entrer à l'ONU? La Suisse est le seul pays peut-être où soit nécessaire pour cela une votation populaire constitutionnelle qui requiert la double majorité du peuple et des cantons, et j'imagine bien que les partisans de l'adhésion voudraient que cette majorité soit sûre, certaine. On n'imagine pas un refus possible! Le refus du peuple et des cantons aurait des conséquences difficilement imaginables. Il constituerait une espèce de vote de méfiance, une espèce de manifestation d'isolement. Il faut bien que les partisans de l'adhésion à l'ONU y réfléchissent. Selon la formule consacrée à la mode, ils sont condamnés à réussir; ils ne peuvent pas échouer.

Vient alors le problème de la neutralité. Peut-elle être garantie juridiquement et politiquement? Nous avons entendu à cette tribune beaucoup d'appréciations de la part de M. Bretscher, de M. Furgler, de M. Max Weber. Mais ce qui compte, cela n'est pas notre avis à nous Suisses sur la question de savoir s'il y a compatibilité entre la neutralité suisse et la Charte des Nations Unies, c'est l'opinion des autres. Quand nous demandons au Conseil fédéral de nous éclairer, bien entendu nous attendons de lui qu'il nous dise ce que l'on penserait généralement dans le monde du maintien de la neutralité suisse au sein de l'ONU. Il en est qui déclarent allègrement qu'on pourrait parfaitement sacrifier cette neutralité s'il le

- 376 -

fallait. C'est l'opinion, par exemple, de M. Humbert Droz qui disait que prétendre vouloir conserver la neutralité au sein de l'ONU, ce serait demander un privilège spécial, ridicule et hautement déplacé. Mais nous doutons que cette opinion soit largement partagée.

Si la Suisse entre à l'Organisation des Nations Unies, ce sera pour y faire quoi? C'est le problème qui se pose. Même si par hypothèse-la plus favorable mais d'ailleurs très improbable - le principe de la neutralité était sauvegardé, il est évident qu'il faudrait, au sein de l'ONU, voter et voter souvent, se prononcer sur des questions essentielles. Voter, cela veut dire voter avec quelqu'un et par conséquent contre quelqu'un d'autre. Voter, cela veut dire se placer aux côtés de quelqu'un, aux côtés d'un bloc quelconque contre un autre bloc et on doute que la Suisse puisse s'agréger au bloc des neutralistes, même si celui-ci se reformait. Il y a, bien sûr, l'abstention, mais l'abstention permanente est impensable et l'abstention trop fréquente l'est aussi. Par conséquent, ceux qui sont partisans de l'adhésion de la Suisse devraient nous dire comment pratiquement, concrètement la Suisse se prononcerait dans les assises de l'ONU.

Evoquons brièvement quelques exemples. L'affaire des sanctions économiques contre la Rhodésie? La Suisse s'y est soustraite. L'aurait-elle pu si elle avait été membre de l'ONU? Le récent conflit entre Israël et les pays arabes, son règlement et la négociation diplomatique de longue durée qui s'annonce? Si la Suisse était membre des Nations Unies, il est évident qu'elle devrait se prononcer clairement, par un oui ou par un non sur les questions posées. A ce propos, nous nous rallions à l'opinion de M. Max Weber: en cette occurrence, il serait faux et injuste de prétendre que l'Organisation des Nations Unies aurait été inutile ou inactive. Nous pensons avec lui que c'est faire la preuve d'un mépris injustifié.

Troisième exemple, le désarmement et la non dissémination

- 377 -

des armes nucléaires. Y aura-t-il réserve en approbation de la part de la Suisse ou alors, approbation avec réserve? Il y a aussi la guerre du Vietnam, au sujet de laquelle la Suisse devrait, elle aussi, se prononcer, quand l'ONU aura à en connaître. C'est tout cela qu'il faudrait savoir et il ne s'agit pas de se déterminer dans l'abstrait, d'une manière générale et plus ou moins sentimentalement, comme le faisait M. Schmitt hier.

Enfin, il y a encore la question des casques bleus suisses qui est en discussion. Vous savez que de deux anciens conseillers fédéraux, l'un, M. Wahlen est plutôt pour, tandis que l'autre, M. Petitpierre, est résolument contre. Il estime qu'à Suez et à Chypre, l'envoi de casques bleus a relativement bien réussi - je dis bien relativement -; en revanche, cela a beaucoup moins bien réussi en Corée et au Congo. Et M. Petitpierre soulignait qu'au Congo, il y a eu recours à la force, à l'artillerie, à l'aviation, violation du droit des gens, violation des conventions de Genève; il nous engage à ne pas mettre le doigt dans l'engrenage. Nous voyons donc bien qu'il se poserait, là aussi, un problème et vous savez avec quelle âpreté la polémique s'est déchaînée au sujet du retrait des casques bleus du territoire de Gaza - M. Furgler l'a évoqué tout à l'heure à cette tribune, mais sans indiquer que le secrétaire général des Nations Unies ne pouvait pas le refuser, ni légalement, ni en vertu des conventions internationales, ni en vertu de la Charte -. Alors, il y a une autre solution qui a été préconisée également par M. Petitpierre: il s'agirait de former des troupes sanitaires, des troupes du génie, des troupes de transmission, non armées, qui pourraient exercer une action humanitaire. C'est en somme la proposition Furgler.

Si la Suisse adhérerait à l'ONU, il se poserait des questions extrêmement importantes pour sa politique étrangère. Je laisse de côté - nous l'avons déjà évoquée - la question de savoir ce qu'il adviendrait en fait de la neutralité, je ne dis pas en droit, mais en fait, dans la pratique. Que deviendrait la représentation des

- 378 -

intérêts d'une vingtaine d'Etats étrangers par la Suisse? Qu'advient-il de la politique des bons offices? de l'offre que fait notre pays de son territoire, de sa protection et de ses services diplomatiques? Voilà beaucoup de questions, beaucoup de points d'interrogation, beaucoup de dilemmes! C'est à tout cela qu'il faudrait songer. Nous ne pensons pas du tout que le Conseil fédéral puisse tout résoudre à la fois et que dans le rapport que l'on sollicite de lui - rapport que demande le postulat Bretscher -, il puisse d'ores et déjà nous répondre. Cela n'est pas possible. Mais nous souhaitons qu'il éclaire le chemin.

En attendant, sa politique est tout indiquée. Cette politique doit être de contribuer au rétablissement de la paix là où elle est troublée, au maintien de la paix là où la paix est menacée, et ceci par tous les moyens à notre portée. Nous pensons d'abord au Vietnam, où s'éternise et s'étend la plus meurtrière des guerres qui, par sa durée, rend impossible une vraie coexistence pacifique et empoisonne complètement l'atmosphère internationale. Nous pensons aussi au Moyen-Orient où vont se poser, des années durant, tant de problèmes à la solution desquels la Suisse pourrait et devrait contribuer. Nous pensons au désarmement, à la création de zones désatomisées, à la sécurité européenne, à la création d'une Europe - la seule qui nous paraisse digne d'intérêt - où n'existeraient plus ni blocs économiques, ni blocs militaires. Pour parler comme "celui que vous savez", "il reste beaucoup, beaucoup, beaucoup à faire" avant que la Suisse puisse entrer à l'Organisation des Nations Unies et y faire concrètement, efficacement, la politique que le peuple souhaiterait.



- 379 -

B e c k : Seien Sie versichert, dass ich nicht auf dieses Pult steige, um hier Kritik, herbe Kritik, am Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik zu üben. Das hat ja eben Herr Hofer getan. Ich muss gestehen, dass ich die einzelnen Stellen, die er nannte, zum Teil angestrichen habe, aber sie in schulmeisterlicher Weise hier zu verkünden, scheint mir angesichts der Wichtigkeit der Probleme nicht richtig zu sein.

Zuerst möchte ich sagen, dass ich Herrn Bundesrat Spühler bewundern muss für den Mut, den er aufgebracht hat, hier vor diesem Rate und dann vor seiner Partei in so deutlicher Weise für den Eintritt der Schweiz in die UNO zu plädieren. So hat <sup>es</sup> bisher kein Vertreter des Bundesrates zu sagen gewagt; wenn ihm deswegen Kritik wurde, so nehme ich an, dass er das von Anfang an annahm, dass er dies wusste, weshalb er deshalb besonders zu beglückwünschen ist, dass er gleichwohl gesprochen hat, wie er es tat.

Es gibt nun tatsächlich im Berichte gewisse Dinge, die vielleicht erklären, warum er so redete. So etwa den Satz auf Seite 5 des Berichtes, wo er sagt: "Die Veränderungen der weltpolitischen Konstellationen, des Polyzentrimus und die Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sind nicht ohne Einfluss auf den aus der Nachkriegszeit entsprungenen Gedanken einer politischen Einigung Europas als Pfeiler für eine atlantische Partnerschaft geblieben." Hier spricht der Bundesrat von der Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Es ehrt den Bundesrat, dass er in echtem Idealismus, vielleicht sogar bis zu einem gewissen Grade leichtgläubig, an diese Entspannung gedacht hat, dass er sich also nicht auf den Boden stellte, auf dem Herr Hofer steht, der hier fast in Kriegspropaganda gegen die Sowjetunion gemacht hat. Das geziemt zu allerletzt einem neutralen Kleinstaat.

Wenn wir heute leider sagen müssen, dass dieser Glaube an die Entspannung durch den Krieg im Nahen Orient wiederum völlig zertrümmert worden ist, so gilt es eben, wieder von neuem anzufangen, denn nur aus der Ueberzeugung heraus, dass sich zwischen diesen

- 380 -

beiden Blöcken einmal eine Entspannung wirklich einstellt, darf man ja den Weltfrieden erhoffen. So meine ich, dass das, was Herr Vincent eben sagte (das Mitspracherecht, das Nein oder Ja in der UNO selbst, die Stellungnahme für oder gegen den Andern), eine Tatsache wäre, die weitgehend auch für das gesamte heutige politische Malaise der Schweiz von wesentlicher Bedeutung wäre: die Klarheit der Politik, die sich daraus ergäbe und damit auch die Möglichkeit für die Oeffentlichkeit, zu wissen, woran man sich halten soll.

Es ist durchaus nicht so, dass mit dem kriegerischen Siege Israels etwa der Friede im Vordern Orient, ja der Weltfriede, garantiert sei. Wir sehen jetzt tatsächlich, und wir dürfen dies verurteilen, dass von seiten der Sowjetunion nunmehr der Versuch gemacht wird (Herr Hofer hat zu Recht darauf hingewiesen), über die Generalversammlung eine Verurteilung eines Landes herbeizuführen, das nun wirklich nicht Angreifer war, sondern das nach der klaren Intention eines Machthabers hätte vernichtet werden sollen; wobei wir dies - nebenbei bemerkt - ja schon seit Jahren wussten. In einem solchen Momente, glaube ich, wäre es gut, wenn wir jetzt schon bei den Vereinten Nationen wären; denn wenn wir bedenken, dass wir heute, am Tage Israels, im ganzen Schweizerland Sammlungen für das tapfere Volk vornehmen, so wäre ein Wort des schweizerischen Vertreters in der Generalversammlung der UNO für Israel etwas, woran die schweizerische Oeffentlichkeit heute bestimmt ihre grosse Genugtuung hätte. Ich sähe darin fast ein Integrationsmittel für eine Schweiz, die heute innerlich doch in mancher Hinsicht nicht gespalten, aber unsicher geworden ist, wo Unzufriedenheit zum Teil deshalb besteht, weil auch in aussenpolitischer Hinsicht nicht genug getan wird.

Ich bin durchaus einverstanden und pflichte dem bei, dass wir besser orientiert sein müssten. Aber worüber können wir uns orientieren? Doch nur über geschehene Dinge, über eine Vergangenheit, die zudem so neu ist, dass wahrscheinlich ebenso wenig wie

- 381 -

über unsere eigene jüngste Vergangenheit durch einen Bericht des Bundesrates jene volle Wahrheit und Sicherheit entsteht, die uns dann handeln liesse, und zwar eben in abgewogener und richtiger Art. Unser Handeln wird ja doch durch die Gegenwart, durch die Unmittelbarkeit dessen, was geschieht, am meisten beeinflusst. Es scheint mir daher, dass, abseits dieses Berichtes, es richtiger ist, wenn nun endlich einmal, von seiten des Bundesrates, von höchster Warte aus, so gesprochen wird, wie Herr Spühler es eben getan hat, und dass es dementsprechend gelingen möge, die unendlichen, wirklich bestehenden Schwierigkeiten soweit zu beseitigen, dass man gelegentlich auch hier von einem baldigen Eintritt sprechen kann. Ich bin überzeugt, dass angesichts der Tatsache, dass heute schon zwei neutrale Staaten, mit denen wir zum Teil gemeinsame Neutralitätspolitik zu veranstalten trachten - Schweden und Oesterreich - in der UNO sitzen, doch ganz bestimmt die Möglichkeit des Beitritts vorhanden ist. Die Juristen besitzen die Gabe, die verschiedenen Wege aufzuzeigen, wie unter Wahrung dieses nun einmal nicht zu übergehenden Prinzips die Beteiligung an der UNO möglich wäre. Das Gespräch über die UNO ist noch in anderer Hinsicht wichtig: ich meine in Beziehung auf unsere Jugend. Herr Schmitt hat gestern mit Recht betont, dass bei uns eine Generation aufwächst, die vollständig anders denkt als wir, die den letzten grossen Weltkrieg mitgemacht hat. Wir leiden alle an der einen Tatsache, dass wir uns in einem bestimmten Moment unseres Lebens vollständig auf uns selbst zu besinnen hatten, auf jene Idee des Réduits, die einmal historisch richtig war, aber keineswegs zu einer ewig währenden Zielrichtung unserer Politik gemacht werden kann. Vor allem nicht in einer Zeit, da eine Jugend aufwächst, die fast von Kindsbeinen an englisch spricht, überall herumreist, die Welt weit besser kennt als wir Aelteren, und die daher über die Forderungen der Politik ganz anders denkt als wir und es sicher nicht gerne sieht, dass wir uns auf zu lange Zeit hinaus das Forum der UNO vorenthalten.

B r i n g o l f : Ich erlaube mir, meiner Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, dass diese Debatte überhaupt stattfindet. Wenn man zurückblickt - gestatten Sie diese Randbemerkung -, gab es Zeiten, da im Nationalrat über aussenpolitische Fragen überhaupt nicht gesprochen wurde. Später gab es eine Zeit, da man den Bundesrat einlud, einen Bericht zu erstatten, wie das jetzt seit einiger Zeit beim Abschnitt "Politisches Departement" des Geschäftsberichtes geschieht, und es ist gegeben, dass dieser Bericht dann der kritischen Würdigung der Mitglieder des Parlamentes ausgesetzt ist. Aber mir ist die Debatte, wie sie jetzt stattfindet - zum Teil veranlasst durch den Geschäftsbericht, durch die Interpellation Schmitt und das Postulat Bretscher -, lieber, als wenn die Auswärtige Kommission jeweils nach einer umfassenden Vorbereitung ein Mitglied beauftragte, eine Interpellation einzureichen, um den Bundesrat wieder einmal einzuladen, seine Stellungnahme zu den Problemen der Integration, der Aussenpolitik, der UNO bekanntzugeben. Dann wussten wir es jeweils wieder, und die Debatte war geschlossen. Es ist sicher nützlicher, dass wir uns auf die heutige Art und Weise gelegentlich aussprechen, auch dann, wenn manches gesagt wird, was nicht jedem gefällt. Darum erlaube ich mir meine Bemerkungen, und ich glaube, dass es sich Ihre Auswärtige Kommission ersparen kann, den Weg, den ich vorhin andeutete, zu gehen, um eine Aussprache zu veranlassen.

Heute wäre es sehr populär, über die Vereinten Nationen herzufallen. Man würde wahrscheinlich nach der Session zu Hause eine ganze Reihe von Briefen aus allen Richtungen des Landes finden, die einen beglückwünschten, weil man "es" nun den Vereinten Nationen wieder einmal gesagt habe. Man würde eine solche Haltung vielleicht sogar als Mut bezeichnen. Ich nicht! Ich bin ein alter, überzeugter Anhänger der Zugehörigkeit der Schweiz zu den Vereinten Nationen. Ich bekenne das auch jetzt noch, obwohl ich mir, wie die meisten unter Ihnen, die ähnlich denken, gar keine

Illusionen darüber mache, dass etwa in absehbarer Zeit ein Beitritt der Schweiz verwirklicht werden könnte. Aber die Idee der Vereinten Nationen - sie sind heute 22 Jahre alt - entstanden nach einem der entsetzlichsten Kriege, der über Europa hingegangen ist, ein Krieg, dessen Folgen natürlich viele, weil sie jung sind, nicht mehr so in sich herumtragen in der Erinnerung, wie wir. Die Idee der Vereinten Nationen ist eine unsterbliche Idee; sie ist so alt wie die Menschheit und mit der ewigen Sehnsucht der Menschheit nach Sicherheit und Frieden verbunden. Dazu könne ich mich immer wieder und zu allen Zeiten. Und wer das nicht mehr kann, der soll sich in Gottfried Kellers berühmten Gedicht orientieren, in dem er alle bemitleidet, die den Glauben an die friedliche Zusammenarbeit und an das friedliche Zusammenwirken der Menschheit verloren haben. Gut, es ist - ich sage es noch einmal - heute populärer, den anderen Standpunkt zu vertreten. Aber wenn man den anderen Standpunkt vertreten und ihn konsequent durchdenken würde - und das muss ich leider gegen meinen geschätzten Kollegen Hofer sagen -, dann verstehe ich hier die Bruchstelle in der Logik seiner Ausführungen nicht recht. Ich kann mich nicht derart eindeutig von den Vereinten Nationen distanzieren - das heisst, man darf das, aber ich kann es nicht -, wenn ich gleichzeitig den Standpunkt vertrete, dass wir a) mit einem bei den Vereinten Nationen akkreditierten Botschafter in New York weiterhin vertreten sein wollen; b) Genf zu einem mindestens so bedeutungsvollen Stützpunkt der Vereinten Nationen ausbauen wollen, wie es New York ist. Vielleicht haben Sie gehört von den Stimmen, die heute davon sprechen, dass Genf überhaupt der Sitz der Vereinten Nationen werden sollte. Es gibt solche Stimmen. Ich muss sagen: Wenn wir nur dort dabei sein wollen, wo wir nichts riskieren, sondern vielleicht etwas bekommen, dann ist das nicht schweizerisch; dann ist das auch nicht mutig, und dann hat das mit zukunftsweisender politischer Haltung gar nichts zu tun. Dann würde ich lieber überhaupt sagen: Schluss! Aber wenn Ihnen heute die Frage vorgelegt würde: Wollen wir verzichten auf das Dutzend oder mehr

Organisationen und Unterorganisationen, die die Vereinten Nationen geschaffen haben und denen wir angehören, Ja oder Nein... Wollen wir aus diesen Organisationen austreten? Wir stehen mit einem Fuss in der UNO und mit dem andern draussen, damit wir jederzeit den Fuss, den wir drin haben, wieder herausnehmen können, wenn es brenzlich wird. Wir sind also gewissermassen halb dabei. Aber das ist doch nicht schweizerisch, das ist doch nicht tapfer, das ist nicht zukunftsweisend.

Ich bin sehr dankbar, wenn der Bundesrat nach den Anregungen, die er durch die Diskussion nun erhielt und die er schon in der Auswärtigen Kommission erhalten hat, nach der Interpellation Schmitt und nach dem Postulat Bretscher, einen Bericht erstellt. Der Bericht, meine Herren, nützt uns aber nichts oder nur wenig, wenn darin nicht eine gründliche Analyse, Darstellung und Stellungnahme des Bundesrates zur Frage der Neutralitätspolitik der Schweiz und der Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen entwickelt wird. Diese Frage muss einmal gründlich untersucht werden, und zwar in einer umfassenden Abklärung für andere, aber insbesondere für uns.

Für viele ist heute der Hinweis auf die Neutralitätspolitik, auf die militärische Neutralität, zu einem beliebten und geschätzten Vorwand geworden, sich mit den Problemen überhaupt nicht mehr auseinanderzusetzen. Aber das wollen wir doch nicht. Ich bekenne mich zur Neutralitätspolitik unseres Landes, weil das Schwergewicht auf der militärischen Neutralität liegt. Aber ich möchte nun endlich einmal wissen, inwieweit diese Haltung der Schweiz, diese Staatsmaxime der Schweiz, bei einer allfälligen Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen beibehalten werden kann oder gefährdet wird. Darüber haben wir bisher noch keine klaren Aufschlüsse erhalten. Ich gebe zu - Herr Kollege Beck hat soeben mit Recht darauf hingewiesen -, dass auch Schweden und Oesterreich dabei sind, wenn auch ihre Neutralitäts-

- 385 -

politik eine etwas andere Nuance und auch eine andere historische Entwicklung hat als die unsrige.

Wenn Sie meine Meinung wissen wollen, so sage ich: Ich bin überzeugt, dass wir den Vereinten Nationen mit unserer Neutralitätspolitik angehören könnten, wenn wir dies wollten. Aber darüber sollten wir und werden wir im Bericht Aufschluss bekommen. Etwas ganz anderes wäre es, wenn Sie sagen: Wenn heute die Frage des Beitritts zu den Vereinten Nationen dem Schweizervolk vorgelegt würde, was dann? Heute würde dieser Beitritt mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt, auch wenn wir mit Engelszungen dafür reden würden. Das liegt auf der Hand, und zwar nicht nur deshalb, weil das Volk nicht genügend orientiert und informiert ist - das trifft zu und muss auch wieder einmal festgestellt werden -, sondern doch deshalb, weil zur Zeit das Versagen der Vereinten Nationen bei der Bedrohung Israels im Vordergrund steht. Aber auch wegen des Missbrauchs, den gewisse Grossmächte mit den Vereinten Nationen betreiben.

Darf ich noch einen kleinen Hinweis machen? Wer hätte je gedacht im Jahre 1945, als in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet und in der Welt begrüsst worden ist - auch von uns in der Schweiz -, dass 22 Jahre später dieser Organisation 122 (oder vielleicht noch mehr) Nationen angehören, darunter solche, die gestern und vorgestern noch unterdrückte Kolonialgebiete waren, solche, bei denen 90% Analphabeten sind und nur eine kleine Oberschicht lesen und schreiben kann? Eine derartige Gemeinschaft in 20 Jahren zu einer einigermaßen annehmbaren, vertretbaren, wirksamen Übereinstimmung zu bringen, ist eine ungeheure Aufgabe! Wenn ich mir diese Aufgabe vorstelle, so muss ich immer wieder sagen: Was hättest Du getan in dem oder jenem Augenblick? Dann bekomme ich doch etwas Respekt vor gewissen Leuten, die die UNO vertreten, auch wenn sie sich zu Recht oder zu Unrecht Angriffen und Anfeindungen aussetzen lassen mussten.

Wir müssen sachlicher, gründlicher und auch weitblickender orientiert sein. Ich stehe nicht an, die These der Aktivierung der Aussenpolitik - ich sage jetzt nicht "aktive Aussenpolitik" - aus-

- 386 -

drücklich zu unterstützen. Obwohl Herr Bundesrat Spühler, was ja kein Geheimnis ist - oder wenn es eines sein sollte, so lüfte ich es jetzt - , zu meiner Partei gehört und ein alter Freund von mir ist, würde ich ihn kritisieren, wenn ich etwas zu kritisieren hätte in dieser Frage. Aber ich erlaube mir, wenn ihn auch nicht gerade zu loben, ihm doch die Anerkennung dafür auszusprechen, dass er die Frage der Vereinten Nationen ins Zentrum der Auseinandersetzung gestellt hat und dass er selbst als Bundesrat - es brauchte Mut dazu - eine gewisse Einschränkung, die durch einen "Hag" um das Politische Departement und seinen Chef gewöhnlich gezogen worden ist, überschritten hat und uns alle zwang, sich mit seinem Standpunkt auseinanderzusetzen. Mir sind solche Männer lieber als jene, die immer herumkreisen- und-reisen und am Ende dort wieder landen, von wo sie ausgegangen sind. Die Zeit ist jetzt gekommen, diese Fragen, weil sie viel Zeit brauchen, weil sie vielleicht Jahre beanspruchen, bis unser Volk Verständnis hat dafür, diskutiert werden. Wir können uns den Zeitpunkt selbst nicht immer auswählen. Jedem von uns wäre es lieber gewesen, der Nah-Ost-Konflikt hätte diese Debatte nicht überschattet. Aber vielleicht ist es auch gut, dass solche Krisen in der Weltpolitik und in der Entwicklung überhaupt uns zwingen, unsere eigene Meinung zu konfrontieren mit einer solchen schweren Krise und zu überprüfen, ob unsere eigene Meinung standhält, bzw. ob wir noch zu den gleichen Schlüssen kommen, die uns einst zu einem positiven Standpunkt gegenüber der UNO veranlassten.

Abschliessend: In all diesen Fragen ist es notwendig, dass wir uns informieren, dass das Volk informiert ist und dass wir selbst uns einen Standpunkt erarbeiten, damit wir vor der kommenden Entwicklung, vor unserer Jugend und den heranwachsenden Generationen bestehen können.



C h e v a l l a z : Il est heureux que se soit ouvert ce débat qui sort un peu de la tradition paisible des délibérations sur la gestion. Trop souvent, notre politique étrangère a semblé aller de soi, représentant même une sorte de tabou que l'on ne pouvait, que l'on ne devait pas discuter, donnant peut-être même l'impression d'une certaine force d'inertie. Il est heureux que des initiatives aient été prises ici et que l'opinion publique se passionne aujourd'hui davantage pour ces problèmes de politique étrangère helvétique.

On réclame dans des cercles divers une politique extérieure plus active mais, à vrai dire, sans que se dégagent de ces incitations à l'action une certaine orientation, une certaine direction, une certaine volonté d'intention. Il semble que l'on soit plutôt comme ces carabiniers d'opérette qui, en marquant le pas sur la scène, chantent: "marchons, marchons", on ne sait pas très bien dans quelle direction. Je pense également que nous ne devons pas nous laisser impressionner par certaines démonstrations oratoires que peuvent faire à telle ou telle occasion d'autres puissances qui se réclament aussi de la neutralité. Ce ne sont pas des discours éloquents à la tribune des Nations Unies ou à la tribune du Conseil de l'Europe qui avanceront beaucoup les choses et rehausseront le crédit de la neutralité. A cet égard, nous devons, j'écrois, être reconnaissants à notre diplomatie, qui peut-être a été parfois trop réticente et trop réservée, d'avoir gardé une certaine mesure, une certaine modestie conforme à notre dimension et à notre neutralité, plutôt que d'avoir sacrifié trop imprudemment à une publicité tapageuse. Il est toutefois indispensable et, sur ce point, je pense que notre politique extérieure peut et doit être plus active, que nous soyons encore davantage présents que nous ne le sommes, en qualité et en quantité, sans vouloir trop chicaner sur les moyens matériels mis à la disposition de ceux qui nous représentent au dehors. Nous devons donc être encore davantage représentés, tant à l'est qu'à l'ouest, par notre diplomatie, par la qualité de nos diplomates, par nos colonies à l'étranger, par notre participation

à des manifestations diverses, à des expositions et à des congrès, ainsi que par les manifestations culturelles que, grâce à la compréhension du parlement, Pro Helvetia est en mesure de présenter dans les différents pays du monde. Nous sommes aussi représentés dans le monde par les actions de la Croix-Rouge internationale ou de la Croix-Rouge suisse, par des mouvements tels que Terre des hommes, où notre volonté de solidarité active se concrétise dans sa pleine valeur et donne toute sa signification à la notion de neutralité active.

Quant aux problèmes concrets qui nous sont posés - tout d'abord le problème de l'adhésion à l'ONU - je ne veux pas reprendre longuement les arguments qui ont été développés ici, soit par M. Schmitt dans son interpellation, soit par notre collègue Hofer dont je partage sur ce point les vues d'ensemble -.

Nous suivons, avec une attention positive, très positive, l'action des Nations Unies. Nous participons à toutes leurs institutions parallèles. Nous les recevons chez nous, à Genève. Il semble donc que nous pourrions entrer de plein pied dans cette organisation avec laquelle nous collaborons déjà très étroitement. Toutefois, les Nations Unies ne sont pas encore la représentation de toutes les nations du monde. Certaines puissances n'en font pas partie. D'autre part, les décisions de l'Assemblée des Nations Unies ne sont pas des décisions unanimes ayant valeur de droit indiscutable. Ce sont dans l'état actuel des choses des décisions politiques, des décisions de majorité, souvent des décisions partisans dans un sens ou dans un autre. Dans ces conditions, il semble qu'à côté de cette assemblée et de ses décisions partisans, il y a place pour le rôle d'un pays qui reste dégagé, qui conserve sa neutralité. Et je pense que nous jouons un rôle plus utile en continuant à prêter notre collaboration, mais en dehors des décisions et des engagements politiques et militaires des Nations Unies. Je pense d'ailleurs que nous pouvons à ce propos nous autoriser d'un exemple de l'expérience historique de notre pays. Lorsqu'ils ont été admis

- 389 -

au sein de la Confédération, les cantons de Bâle, de Schaffhouse et, sauf erreur, d'Appenzell ont pris, (d'Appenzell ont pris) en entrant dans cette Confédération qui était traditionnellement divisés entre cantons-villes et cantons campagnards - entre Zurich et Berne d'un côté et la Suisse centrale d'autre part - l'engagement de s'en tenir à une politique de neutralité, de ne pas intervenir dans les querelles entre les deux clans qui se partageaient la Suisse. A plusieurs reprises, l'intervention de Bâle, de Schaffhouse a été décisive, non pour éviter toujours les conflits mais au moins pour les modérer et en faciliter la solution. Je pense qu'il y a là une mission d'état neutre à laquelle nous devons nous tenir. Il paraît utile à la construction de la paix, avant même de songer à nos intérêts nationaux, que subsiste un état neutre auquel on puisse avoir recours en de multiples circonstances hors des engagements politiques. C'est d'ailleurs - M. Hofer le mentionnait tout à l'heure - un journaliste expérimenté, un grand connaisseur de l'histoire contemporaine, Walter Lippmann, qui me le rappelait l'autre jour encore à Washington, en insistant pour que la Suisse conserve son rôle qui est plus utile à la construction de la paix que son engagement comme la 116e ou 117e puissance au sein des Nations Unies.

Quant au problème du Marché commun, c'est un problème concret, qui se pose dans l'immédiat. On a constaté qu'en 1958, au moment où fut élaboré le traité de Rome, notre pays s'est divisé somme toute entre deux attitudes fondamentales. D'une part, celle d'un mysticisme sentimental, d'une foi sans réserve demandant notre adhésion inconditionnelle à l'Europe qui commençait à se former; d'autre part, c'était une attitude de scepticisme narquois et méprisant, celle d'un pays qui a l'habitude de contempler l'histoire du monde du haut de son balcon et est accoutumé à donner des leçons aux autres peuples. Et l'on considérait ce traité de Rome de 1958 un peu comme les idées fumeuses, généreuses mais inefficaces d'un Aristide Briand et autres partisans des Etats-Unis d'Europe dans les années trente. Or les années ont passé. Le Marché commun, je

- 390 -

crois pouvoir le dire, s'est aujourd'hui démystifié, mais il s'est réalisé. L'enthousiasme initial a fait place à une construction raisonnable et solide malgré toutes les péripéties politiques auxquelles nous avons assisté dans les débats de Bruxelles. Notamment lors des débats et des discussions du Kennedy Round, à Genève, il a été typique et remarquable que le Marché commun se soit comporté comme une unité économique et ait marqué une volonté unique dans les discussions avec ses partenaires, sans intervention des états nationaux. Il semble donc bien que le voeu qu'avait formulé à l'époque le chancelier Konrad Adenauer, qui souhaitait voir avant sa mort les fils de l'Europe tellement embrouillés qu'on ne saurait plus les démêler, s'est bel et bien réalisé. Le Marché commun est une réalité. Dès lors, nous devons, quant à nous, nous dégager - et nous le sommes déjà et largement - de ces deux attitudes du scepticisme narquois et, d'autre part, du mysticisme passionnel. Sans doute nous devons raison garder; nous ne saurions signer un chèque en blanc au Marché commun dans sa forme actuelle ni abandonner sans condition, pour les raisons que je viens déjà d'exposer à propos de l'Organisation des Nations Unies, notre neutralité. Nous devons y tenir et rester nous-mêmes en considérant le Marché commun comme une force positive dont notre pays est étroitement solidaire, dans le monde et dans l'Europe. Nous ne devons pas, nous ne pouvons pas souhaiter un échec du Marché commun, car il signifierait une désagrégation, une balkanisation de l'Europe, un retour à ces affrontements nationalistes qui auraient ruiné notre continent si ce dernier n'avait pas pu bénéficier, après la guerre, d'aides extérieures.

La voie pour nous est ouverte à une collaboration raisonnable et positive, et j'en veux pour preuve l'attitude que les représentants du Marché commun ont eue à notre égard lors des négociations du Kennedy Round. Nous avons trouvé auprès d'eux une compréhension qui a été fort utile aux négociateurs qui,

- 391 -

de notre côté, ont habilement conduit la défense de nos intérêts. Nous avons trouvé plus d'appui auprès du Marché commun qu'auprès d'autres. Nous devons donc raisonnablement, patiemment et volontairement chercher la formule de la collaboration, la formule de l'association. Il y a là une voie raisonnable, non sentimentale, à suivre, mais une voie à suivre avec décision.

B r o c h o n : Le Conseil fédéral consacre une place chaque année plus grande au Conseil de l'Europe dans son rapport de gestion. La délégation suisse à Strasbourg s'en réjouit car cette institution mérite notre intérêt. Elle poursuit sa tâche en s'efforçant de créer un esprit plus solidariste en Europe. Elle améliore constamment son programme et ses méthodes de travail.

Tous les membres de notre délégation ont participé activement aux travaux du Conseil de l'Europe, soit par des interventions à la tribune, soit par la présentation de rapports. Comme dans notre assemblée, le travail le plus utile se fait dans les commissions, qui préparent non seulement les projets de recommandation ou d'avis, mais aussi les conventions. Il en existe déjà plus de cinquante, qui tendent à unifier et à harmoniser les législations nationales et à prendre des mesures communes capables de réaliser la coopération grâce à laquelle l'homme du vingtième siècle jouira au maximum de sa condition d'Européen.

La venue à Strasbourg de deux membres du Congrès américain a fait toucher du doigt l'interdépendance de l'Europe et de l'Amérique du Nord. De même, la visite que le secrétaire général des Nations Unies a rendue pour la première fois, en mai dernier, à l'assemblée consultative est le signe d'une évolution. Le Conseil veut contribuer à la détente qui doit précéder l'entente avec les pays de l'Est, lesquels, à part l'Albanie, s'intéressent fort à tout ce qui se passe à Strasbourg.

C'est dans le domaine juridique qu'une coopération peut s'établir le plus facilement. Un plus large accès aux conventions du Conseil de l'Europe est offert aux pays non membres. L'Europe unie et indépendante doit finalement coopérer pacifiquement avec ses voisins de l'Est et d'outre-Atlantique.

Le souci majeur qu'avaient les pères de l'Europe de mettre fin à l'affrontement fratricide des peuples est encore justifié, mais les risques ont diminué.

Il est possible de bâtir dans une perspective plus large. L'Europe doit contribuer à la solution des grands problèmes du siècle en accordant la priorité à la recherche. L'écart technologique entre l'Europe et les Etats-Unis grandit. Notre retard est considérable. Nous importons des découvertes et nous exportons des inventeurs. Une nouvelle commission, présidée par notre collègue M. Reverdin, est chargée de coordonner les efforts dans ce domaine, afin de mettre en commun les ressources financières et les énergies intellectuelles et d'éviter les doubles emplois et le gaspillage.

Pour mériter sa paix, l'Europe doit aussi tenir compte des besoins des autres peuples. Elle doit s'occuper non seulement de son intérêt, mais d'un intérêt plus vaste.

Les débats de politique générale qui ont lieu à Strasbourg révèlent que des divisions vivaces existent encore. Ils sont extrêmement utiles. Ils ont empêché à plus d'une reprise qu'un incident ne devienne un drame. En matière économique, les problèmes agricoles restent les plus difficiles à résoudre car il n'y a pas une seule agriculture. Il y a autant d'agricultures que de régions.

L'assemblée a déploré la suspension de la légalité constitutionnelle en Grèce et demandé la restauration de la démocratie parlementaire. Le président de Freitas a reçu l'assurance de la part de l'ambassadeur grec que tout rentrerait dans l'ordre le plus vite possible.

- 393 -

M. Wilson, qui s'est converti au Marché commun, a choisi la tribune de Strasbourg pour définir la position de son pays. L'assemblée, qui souhaite un rapprochement de la CEE et de l'AELE, l'a encouragé à poser sa candidature.

M. Wilson a déclaré que son pays est prêt à respecter toutes les règles du traité de Rome, sous réserve de quelques adaptations nécessaires à la sauvegarde des intérêts essentiels de la Grande-Bretagne et des pays du Commonwealth. Son "oui" est assorti de réticences. Il ne souscrira pas au traité de Rome tel qu'il est, mais tel qu'il souhaite le voir modifié.

Tout cela est fort intéressant pour les autres membres de l'AELE. Ceux qui ont repris le flambeau de la CEE, car les anciens ne sont plus là, seront-ils moins intransigeants? Dans quelle mesure et de quelle manière les intérêts de la Grande-Bretagne seront-ils sauvegardés? C'est ce que l'avenir nous apprendra.

Des négociations entre la Grande-Bretagne et le Marché commun dépendra le destin politique des nations européennes. Les pays membres de la CEE n'ont pas tous cédé au vertige de la supra-nationalité et leur association n'a entraîné jusqu'ici de leur part que des abandons de souveraineté limités. Mais la finalité du traité de Rome, c'est l'Europe politique intégrée, qui doit conduire à la constitution des Etats-Unis d'Europe. Pour le changer, il faut reviser le traité.

La Suisse attendra donc. Elle peut attendre, et ainsi que l'a déclaré M. Max Weber, elle a quelques atouts dans son jeu, en particulier une production de qualité et des charges fiscales moins lourdes qu'ailleurs.

Neutralité, on l'a dit ce matin, ne veut pas dire absence de solidarité, mais sans être nationaliste, la Suisse désire rester la Suisse. Un Etat n'est plus un Etat souverain dès qu'il a reconnu à des organes qui ne sont pas ses propres organes le pouvoir de prendre des décisions à leur place, ne fût-ce que dans un seul domaine.

- 394 -

Aspirations morales mises à part, il faut relever que les intérêts matériels d'une économie adulte et vigoureuse seraient mieux servis par le Marché commun que les intérêts d'une économie moins forte.

Lorsqu'en 1961, le Conseil fédéral a entrepris une démarche afin que notre pays soit associé de manière appropriée à la CEE, il a formulé des réserves, dictées par notre politique de neutralité et nos institutions. Cette thèse est encore valable. Il est bon qu'elle soit professée à Strasbourg.

M. Halstein, ancien président de la commission de la CEE, a dit dernièrement: "Il est probable que les membres de l'AELE chercheront individuellement une solution au problème de leurs relations avec le Marché commun et qu'il n'y aura pas de règlement global entre les deux."

Il est fréquent que les événements prennent un autre cours que celui vers lequel on les voyait se diriger. Faisons donc crédit à l'avenir qui arrange parfois les choses. Il n'est pas encore dit que les Etats se fonderont dans un ensemble unique en reconquant à leur personnalité et qu'ils s'y anéantiront en tant que nations. La solution n'est pas pour demain, elle prendra bien des années encore mais il reste néanmoins évident que certains problèmes requièrent une action de tous les pays et que la coopération internationale fera gagner du temps dans la course au progrès. Nous appelons ce progrès de nos vœux, avec tous les perfectionnements techniques possibles, en souhaitant toutefois qu'il ne submerge pas l'humain.

S c h a l l e r, Präsident: Herr Bundesrat Spühler wird im Laufe seiner Ausführungen auch Stellung nehmen zur Interpellation Schmitt und zum Postulat Bretscher.



S p ü h l e r , Bundesrat: Ich möchte vor allem danken für das Interesse für aussenpolitische Fragen, das in der Diskussion von gestern und heute vormittag zum Ausdruck gekommen ist. Ich halte in der Tat dafür, dass es positiv zu werten ist, wenn der Nationalrat in dieser Ausführlichkeit zu Problemen Stellung nimmt, die nicht nur theoretischen Charakter haben, sondern von wesentlicher Bedeutung für unser Land selber sind.

Nachdem sowohl die Interpellation von Herrn <sup>Nationalrat</sup>/Schmitt als das Postulat von Herrn Nationalrat Bretscher sich nach der Auffassung des Bundesrates zu einem allfälligen Beitritt der Schweiz zu der Organisation der Vereinten Nationen erkundigen, ist es wohl gegeben, auf beide Vorstösse in einer einzigen Stellungnahme zu antworten. Diese Stellungnahme kann um so kürzer sein als der Bundesrat bereit ist, das Postulat Bretscher zur Prüfung entgegenzunehmen.

In der schweizerischen Oeffentlichkeit ist in den vergangenen Jahren die Frage eines allfälligen Beitritts der Schweiz zur UNO lebhaft diskutiert und damit ein wesentlicher Beitrag zur aussenpolitischen Standortbestimmung unseres Landes geleistet worden. Der Bundesrat begrüsst diese Diskussion, weil sie erfreulicherweise ein vermehrtes Interesse unseres Volkes für Fragen der Aussenpolitik im allgemeinen und unser Verhältnis zur UNO im besonderen erkennen lässt. Die Diskussion in Presse, Radio und Fernsehen hat nicht nur eine Fülle wertvoller Informationen vermittelt, sondern auch dazu beigetragen, die Ansichten zu klären.

Der Bundesrat hat erstmals das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen im November 1945 durch eine grosse Expertenkonferenz von Vertretern der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft überprüfen lassen. Diese Konferenz war sich damals einig, in der Wünschbarkeit eines solchen Beitritts, sah aber angesichts des Grundsatzes der dauernden Neutralität dazu keine Möglichkeit. Unser Land hat deshalb den Weg gewählt, an internationalen Aktionen und Organisationen der UNO mitzuwirken, soweit dadurch Grundsatz und Politik der Neutra-

lität nicht in Frage gestellt würden. Wie Sie wissen, ist die Schweiz in der Folge nahezu allen Spezialorganisationen der UNO als Vollmitglied beigetreten; sie entfaltet in diesen eine aktive Mitarbeit. Unser Land hat aber darüber hinaus auch in politischen Aktionen der UNO freiwillig mitgewirkt, zu denen sie, selbst wenn sie Mitglied der UNO gewesen wäre, keineswegs verpflichtet war. Ich erinnere an unsere Mitarbeit an der Waffenstillstandskommission in Korea, an unsere Mitwirkung beim Lufttransport von UNO-Kontingenten nach Aegypten im Suez-Konflikt, an die Transportflüge zu Beginn der Kongo-Aktion der UNO, an die Beteiligung an der UNO-Anleihe, als es darum ging, die Finanzkrise der UNO zu überbrücken, die aus den beiden UNO-Operationen im Gaza-Streifen und im Kongo resultierten. Zu erwähnen ist schliesslich die mehrmalige Beitragsleistung zur Finanzierung der Zypern-Aktion.

Der Bundesrat hat das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren verschiedentlich einer Prüfung unterzogen. Er liess sich dabei stets von der Ueberzeugung leiten, dass die Schweiz, auch wenn sie nicht Mitglied der UNO ist, der Weltorganisation nicht gleichgültig gegenüberstehen kann. Alle hohen Ziele und Grundsätze, für die sich die UNO einsetzt, sind mit Zielen und Grundsätzen identisch, die wir seit jeher auch in unseren auswärtigen Beziehungen zu verwirklichen bestrebt sind. In ihrer Realisierung liegt letztlich auch die Sicherheit unseres Landes beschlossen. Im Geiste der Solidarität haben wir bisher die Tätigkeit der UNO auf allen Gebieten, auf denen keine neutralitätspolitischen Hindernisse entgegenstehen, unterstützt.

In unserer Zeit einer immer grösseren gegenseitigen Abhängigkeit wird eine enge Zusammenarbeit mit diesem Werk der Völkergemeinschaft - bei all seiner Unvollkommenheit und trotz Rückschlägen - auch in Zukunft ein Anliegen unserer Aussenpolitik sein müssen.

- 397 -

Diese Linie einer aktiven Politik, die sich fernhält von Verpflichtungen, die im Widerspruch zu unserer Neutralität stehen, die aber auch bereit ist, neue Verpflichtungen einzugehen, sofern sie keine Unvereinbarkeit zur Neutralitätspolitik implizieren, haben wir auch im letzten und diesem Jahre weiterverfolgt. Dafür sind die Weiterführung der Entwicklungshilfe, für die Nationalrat und Ständerat neue Kredite bewilligt haben, dann der Beitritt zu UNCTAD, ONUDI und Asiatischer Entwicklungsbank, sprechende Beispiele. Im Falle der Rhodesienkrise haben wir der UNO gegenüber unsere selbständige Haltung bewahrt. Wir haben dem Wunsch der UNO, unsere Handlungsfreiheit zu ihren Gunsten einzuschränken, nicht stattgegeben, d.h. wir haben über die rhodesischen Produkte kein Einfuhrverbot verhängt. Wenn wir dennoch die Ihnen bekannte Importplafonierung im Sinne des Courant normal eingeführt haben, so um auch in bezug auf Rhodesien unsere Politik der Neutralität in voller Klarheit durchzuhalten. Die Rhodesienaffäre hat uns Gelegenheit geboten, unsern stets proklamierten Neutralitätsstatus gegenüber der UNO zu konkretisieren.

Die Rhodesienangelegenheit hat uns darüber aufgeklärt, dass, trotzdem die UNO während ihres 20jährigen Bestehens nie vorher Sanktionen ergriffen hatte, wirtschaftliche Sanktionsmassnahmen weiterhin denkbar bleiben. Es ist allerdings anzunehmen, dass es sich dabei eher um zweitrangige Konflikte handelt. Es ist unwahrscheinlich, dass Sanktionen in Fällen zur Anwendung gelangen, in denen eine der beiden Weltmächte entscheidend engagiert ist. Das hat sich vor 10 Jahren in der Ungarn-Krise gezeigt und zeigt sich heute erneut im Vietnam-Krieg. Der Rhodesien-Konflikt hat aber auch erkennen lassen, dass die Schweiz, wenn auch nicht rechtlich, so doch politisch vor ähnliche Probleme gestellt ist wie ein neutraler Mitgliedstaat.

Bei der Beurteilung unserer Aussenpolitik müssen wir uns Rechenschaft geben, dass unser Land Mitglied einer grossen internationalen Familie ist, die nicht nur auf wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Gebieten, sondern auch im Bereiche der Politik nach neuen Formen des Zusammenlebens sucht. Auch das Ringen

um die Integration Europas ist ein beredtes Beispiel dieses Suchens nach neuen Lösungen. In der heutigen Debatte ist ja mit Recht auf die Integration von verschiedenen Rednern hingewiesen und verlangt worden, dass auch die Europafrage in den Kreis der Prüfung unserer Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik einbezogen werde. Aus dieser Sicht gilt es, auch unser Verhältnis zur UNO immer wieder erneut zu prüfen.

Nachdem, wie bereits erwähnt, eine Konsultativkommission anlässlich der Gründung der Vereinten Nationen im Jahre 1945 die Charta der Vereinten Nationen geprüft hat, sind wir bereit, der Anregung von Herrn Nationalrat Bretscher nach einer erneuten gründlichen Standortbestimmung zu entsprechen. Eine solche wird auch ein nützliches Instrument der Information sein und zur nötigen weiteren Bewusstseinsbildung in der schweizerischen Öffentlichkeit beitragen. Man muss sich - ich möchte dies betonen - allerdings im klaren sein, dass eine Untersuchung unseres Verhältnisses zur UNO, um günstig zu sein, keine Bestandesaufnahme des Augenblicks, unter dem Eindruck einer momentanen politischen Situation oder unter dem Blickwinkel einer im Fluss geratenen und auch nicht absehbaren Entwicklung sein kann. Eine Besinnung auf unseren Standort muss vielmehr, um der Organisation und unseren Bedürfnissen gerecht zu werden, in den grösseren Rahmen des geschichtlichen Ablaufs gestellt werden, wobei der Zeitpunkt, in dem die Analyse vorgenommen wird, nicht ohne Bedeutung ist.

Wie alles in der Politik, ist auch das Urteil über Wert und Unwert der Vereinten Nationen schwankend. Wer seine Erwartungen hochschraubt und von der UNO in jedem Augenblick gültige und gerechte Lösungen erwartet, kann nicht anders als in vielen Fällen enttäuscht sein. Die Stärke und der Erfolg der UNO beruhen nicht auf ihrer Charta oder auf ihrer Zielsetzung, sondern hängen ab von der Bereitschaft ihrer Mitglieder, ihre Politik dieser Zielsetzung unterzuordnen. Eine illusionslose Beurteilung wird die

- 399 -

Wirksamkeit der UNO weitgehend abhängig sehen von der Uebereinstimmung der Grossmächte. Schon bei der Gründung der UNO wurde sehr genau erkannt, dass ohne die Einheit der Grossmächte die Organisation der Vereinten Nationen ihre Friedensaufgabe nicht wirksam erfüllen kann. Aus dieser Situation heraus ergibt sich das schwankende Bild von Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen, wie wir es auch in den letzten Wochen während der Nahost-Krise in der ganzen Dramatik erlebt haben.

Im Hinblick auf die gewünschte Berichterstattung glaubt der Bundesrat, auf eine umfassendere Stellungnahme im Augenblick zu den verschiedenen Seiten unseres Verhältnisses zur UNO verzichten zu dürfen. Der Bundesrat legt im übrigen Wert auf die Feststellung, dass er unabhängig von der Frage eines Beitritts der Ueberzeugung ist, dass auch ein neutraler Staat, der durch seine Wirtschaft, seine Kultur und sein Geistesleben derart intensiv mit der übrigen Welt verbunden ist wie die Schweiz, nicht anders kann, als sich aktiv an den Problemen des Völkerlebens zu beteiligen und seinen Beitrag in der Form und dem Mass, die ihm möglich sind, zu leisten.

Sie werden verstehen, dass, nachdem der Bundesrat eine solche Berichterstattung an die Bundesversammlung in Aussicht stellt, jetzt nicht der Moment ist, meinerseits auf alle materiellen Fragen, die in der Diskussion gestellt wurden, zu antworten. Ich möchte nur das Gemeinsame festhalten, nämlich die Auffassung, die in allen Voten zutagegetreten ist, dass eine Aufklärung auf breitester Front notwendig sei; eine Aufklärung und eine vermehrte Information nicht nur zuhanden des Parlamentes, das ja durch seine aussenpolitischen Kommissionen ständig informiert wird und durch dieses Organ glücklicherweise ein Instrument hat, durch das auch das Interesse innerhalb der Bundesversammlung sehr wach geworden ist, sondern eine Information, die sich vor allem auch an die Oeffentlichkeit wendet. Diese Aufklärung muss dafür sorgen, dass man nicht mehr sagen kann - wie es heute mit Recht geschehen ist -, dass das Volk nicht auf

Entscheide vorbereitet ist, wenn sie in kürzester Zeit aus dem Zwang der Verhältnisse an uns herangetragen würden. Ich meine damit nicht nur etwa die UNO, sondern auch das Problem der Europa-Politik.

Die vermehrte Information und die Berichterstattung durch den Bundesrat über das Verhältnis der Schweiz zur UNO soll objektiv sein - das ist selbstverständlich -, und deshalb wird sie illusionslos sein, wie sie Herr Hofer nennt, sie wird aber auch umfassend sein und wird auch nicht am Problem der Neutralitätspolitik selber vorbeigehen können - wie es Herr Bringolf wünscht -, und sie wird auch zu konkreten Fragen Stellung nehmen, wie es Herr Vincent angeregt hat. Ich habe auch mit Interesse und mit einer positiven Stellungnahme von der Anregung von Herrn Nationalrat Furgler Vormerk genommen, dass nicht nur vermehrte Information zuhanden der Oeffentlichkeit, sondern eine vermehrte diplomatische Aktivität zuhanden der Regierungen der auswärtigen Staaten notwendig ist, um das Verständnis für unsere Neutralitätspolitik zu vermehren. Das ist ein Problem, das sich ständig stellt, von besonderer Bedeutung ist, weil ja in der Tat der Bilateralismus das Zeichen der vergangenen Aussenpolitik war und der Multilateralismus vermehrtes Gewicht bekommt.

Herr Nationalrat Weber hat den Wunsch angebracht, dass auch geprüft werde, wie wir auch zu den monetären internationalen Organisationen Zugang fänden. Dieses Problem hat durchaus die erhöhte Aufmerksamkeit des Bundesrates gefunden, und die Frage ist gegenwärtig in Prüfung.

Gegenüber Herrn Nationalrat Schmitt möchte ich in Beantwortung seiner beiden Fragen sagen, dass jene über die Berichterstattung bereits beantwortet ist und die andere, ob der Bundesrat bereit wäre, eine Konsultativkommission einzusetzen, gerne in entgegenkommender Weise geprüft werden soll. Dabei möchte ich immerhin darauf aufmerksam machen, dass ein Unterschied be-

- 401 -

steht gegenüber der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, indem wir damals noch nicht das aussenpolitische Instrument der Aussenpolitischen Kommission besaßen. Die Frage von Herrn Schmitt bezieht sich jedoch nicht auf die Zusammenarbeit von Parlament und Bundesrat, sondern auf die Mitarbeit der Bevölkerung. Damit glaube ich, auf die Fragen geantwortet zu haben.

Ich möchte nochmals unterstreichen, dass die Diskussion über die Frage unseres Verhältnisses zur Weltorganisation in ihren verschiedenen Aspekten den grossen Vorzug hat, dass sie die öffentliche Meinung unseres Landes an die Probleme der internationalen Politik heranführt und ihr Wissen um die Verbundenheit unseres Staates mit der übrigen Welt und die daraus ergebenden politischen Erfordernisse vermehrt.

S c h a l l e r , Präsident: Herr Schmitt kann erklären, ob er von der Beantwortung seiner Interpellation befriedigt ist.

S c h m i t t - Genève: Je me déclare satisfait de la réponse.

S c h a l l e r , Präsident: Der Bundesrat ist bereit, das Postulat des Herrn Bretscher entgegenzunehmen. Wird es aus der Mitte des Rates bestritten? - Das ist nicht der Fall. Das Postulat ist überwiesen.

Le Conseil fédéral accepte le postulat Bretscher. Le postulat, qui n'est pas contesté, est adopté tacitement.

---

III. Verwaltungsangelegenheiten. - Division des affaires administratives.

Keine Bemerkungen. - Pas d'observations